

David Abraham

*Klassenkompromiß und Wiederkehr des Klassenkonfliktes
in der Weimarer Republik**

Aus der Perspektive der Linken scheint die Geschichte des Sozialismus und der organisierten Arbeiterbewegung während der Weimarer Republik zumeist eine kurze und schmerzliche Episode - eine permanente Abwärtskurve, die durch Verrat, Niederlage, Repression und schließlich durch den Triumph des Faschismus gekennzeichnet ist. Die Unterdrückung einer verkümmerten Arbeiterrevolution von 1918-19, der gleichzeitige reformistische »Ausverkauf« durch die überwältigende Mehrheit der SPD, eine Reihe selbsterstörerischer Unternehmungen einer unreifen Kommunistischen Partei, die früh von der Komintern »koordiniert« wurde, Heerscharen von pauperisierten Brechtschen Arbeitern, die die Rechnung für die Niederlage des Deutschen Imperialismus zu begleichen haben, und letztlich der Aufstieg und Sieg des Nationalsozialismus - alle diese Vorstellungen haben unsere Sicht des tatsächlichen Status der organisierten Arbeiterbewegung während der Weimarer Jahre verschwimmen lassen, insbesondere während der stabilen Jahre der Republik zwischen 1924-30. Tatsächlich war die politische und ökonomische Situation vieler deutscher Arbeiter während dieser Jahre zwischen der endgültigen Niederlage verschiedener linker Aufstände und dem Aufstieg des Massenfascismus viel günstiger als allgemein angenommen wird. Von liberalen Beobachtern, die sich mit dem augenscheinlichen Phänomen des Korporatismus und unserer eigenen »neokorporatistischen« Ära beschäftigen, werden diese mittleren Jahre von Weimar als Wegpfeiler der Zukunft der entwickelten westlichen Gesellschaften bezeichnet (Maier 1975).

Bürokratische Amtsführung und weniger die parlamentarische Debatte, Klassenkollaboration und Konsens und weniger Klassenkonflikt und Repression, Integration und weniger Fraktionierung, Einfluß und weniger Ausschluß usw. waren in der Tat die sichtbaren Elemente der sozialen, politischen und ökonomischen Mechanismen von Weimar, die zukunftsweisend auf die Arrangements verweisen sollten, die in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg gut verankert und »allgemein« akzeptiert wurden. Einer solchen Konzeptualisierung kommt bestimmt ein gewisses Verdienst und auch eine gewisse Wahrheit zu.

Der rationale Kern der liberalen Perspektive wird durch das Versagen verdeckt, die Formen des Konflikts, die sich aus den korporatistischen Mechanismen ergeben und sich hinter diesen verbergen, zu berücksichtigen. Dieser Aufsatz will nicht in erster Linie die Formen des Klassenkompromisses und des Konflikts während der stabilen Jahre der Weimarer Republik untersuchen, sondern vielmehr die Folgen und Nutzen untersuchen, die sich sowohl für die Kapitalisten als auch die Arbeiter ergaben und die Faktoren bestimmen, die diese Kooperation begrenzten und dann beendeten.

* Mit Erlaubnis des Autors gekürzte Fassung eines Aufsatzes aus: *Political Power and Social Policy*, Vol. 2, 1981. Die Übersetzung besorgten Ulf Dammann und Kurt Hübner. Zitate des Autors aus originären Quellen mußten rückübersetzt werden.

Bis 1924 hatte die Weimarer Republik eine gewisse Stabilität gewonnen. Die letzten auf­rührerischen Impulse der Arbeiter und die verkümmerten Aufstände der KPD wurden nachhaltig besiegt, und die paramilitärischen und quasi-abspalterischen Unruhen der extremen Rechten, besonders in Bayern, wurden entweder niedergeschlagen oder kooptiert. Die deutsche Zustimmung zum Dawes-Plan mit seinen Kriegsreparationen löste einen umfangreichen Zufluß ausländischen, speziell amerikanischen Kapitals nach Deutschland aus. Die verschiedenen Übereinkommen, die mit dem Dawes-Plan verbunden waren, brachten dem Ruhrgebiet und dem Rheinland militärische und zivile Stabilität. Der Zustrom ausländischen Kapitals wurde schnell zur Rekonstruktion, Rationalisierung-Kartellierung und Expansion der deutschen Industrie verwendet. Schon kurze Zeit später erhielt Deutschland das Recht zurück, über seinen Außenhandel zu entscheiden, und sofort wurden eine große Zahl von Meistbegünstigungs-Handelsabkommen ausgehandelt. Die Inflation des Jahres 1923 hatte beträchtliche Sektoren des Kleinbürgertums pauperisiert; zugleich hatte sie viele Industrien und im wesentlichen die ganze Landwirtschaft von ihrem angehäuften Schuldenberg befreit. Die Weimarer Koalition aus Sozialdemokraten, Demokraten und Katholiken (SPD, DDP und Zentrum), die seit 1920 regierte, war nicht fähig, die Aufgaben des Jahres 1923 zu bewältigen, und deshalb gezwungen, die industriefreundliche liberale Deutsche Volkspartei (DVP) in die Regierung mitaufzunehmen, und so die erste Große Koalition zu etablieren. Es war der DVP-Vorsitzende Gustav Stresemann, der als Kanzler und Außenminister sich als Held der Stunde erweisen sollte. Die Wahlergebnisse von 1924, mit großen Verlusten für die Linken und beträchtlichen Gewinnen der Rechten, reflektierten nur die Reihe konterrevolutionärer Siege seit den vorhergehenden Wahlen von 1920. Das Jahr 1924 erlebte die erste bürgerliche Allein-Regierung der Republik, eine Regierung, die eine beträchtliche Mehrheit und eine augenscheinliche Stabilität genießen konnte. Aber auch wenn die politischen Vertreter der organisierten Arbeiterbewegung tatsächlich in starkem Maße diszipliniert wurden, so waren sie doch nicht eliminiert, und die organisierte Arbeiterbewegung blieb in einer guten Position, um sowohl an Deutschlands fortschreitender wirtschaftlicher Prosperität teilhaben zu können, als auch Vorteile aus den verschiedenen Konflikten und politischen Divergenzen zwischen den dominanten ökonomischen Klassen ziehen zu können. Zusätzlich behielt die SPD ihre führende Stellung in Preußen sowie in einer Vielzahl von Stadtregierungen.

In der Periode der bürgerlichen Allein-Regierung zwischen 1924 und 1928 verzeichnete die organisierte Arbeiterbewegung die bedeutendsten Erfolge auf dem Feld der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts. In einem realen Sinne entwickelten sich die Sozialpolitik und die sozialen Reformen als Alternativen zu den niedergeschlagenen Versuchen der Sozialisierung und des Sozialismus. Diese etwas ironische Entwicklung hatte zwei Hauptwurzeln. Einmal expandierte der ökonomische »Kuchen« beträchtlich, besonders nach 1925, als Deutschland in die Weltwirtschaft reintegriert wurde. Und ebenso wichtig war, daß die SPD zwischen 1924 und 1928 die hauptsächliche Untersützung für fünf verschiedene bürgerliche Kabinette leistete, die sich aus mehreren fraktionierten bürgerlichen Parteien zusammensetzten, während die größte nicht-sozialistische Partei, die DNVP, sich im wesentlichen einer Regierungsbeteiligung enthielt. Dies ermöglichte es der SPD, zwischen den verschiedenen Kräften innerhalb der herrschenden Klassen zu vermitteln, besonders auf den Gebieten der Handelspolitik und der Staatsausgaben, und im Austausch für diese Leistung eine wachsende Struktur von Sozial- und Arbeitsgesetzgebung aufzubauen. Die organisierte Arbeiterbewegung profitierte eindeutig von der Stabilisierung des *modus vivendi*, der mit den

dynamischen export-orientierten und den schwerindustriellen, protektionistischen Fraktionen der Industrie erzielt wurde. Zusätzlich verringerte der Aufstieg der mehr kapitalintensiven, dynamischen Export-Fraktion den Stellenwert der Löhne und der *Sozialpolitik* für die Profitabilität. Diese veränderte Sichtweise, befördert vielleicht noch durch Änderungen in der organischen Zusammensetzung des Kapitals in den führenden Branchen, spiegelte sich wider in den Verlautbarungen und Berichten des RDI, speziell während und nach 1926, als der »Qualitätsproduktion«, dem Export und dem Konsum eine wachsende Aufmerksamkeit zukamen.

Tatsächlich hing die Möglichkeit der organisierten Arbeiterbewegung, die populistische Basis für die republikanische Regierung während ihrer stabilen Phase (1925-30) bereitzustellen und zugleich beträchtliche ökonomische Gewinne für große Teile der Arbeiterklasse zu machen, von dem Bestehen ernster ökonomischer und politischer Spaltungen innerhalb der kapitalistischen Klassen(n) ab. Bevor wir weitergehen, müssen wir deshalb einige der hervorspringenden Faktoren untersuchen, die das deutsche Kapital in drei Fraktionen teilen: protektionistische Schwerindustrie, dynamische Exportindustrie und das Agrarkapital (Abraham 1977, 238-48; ders. 1981, Kapitel 2-4).

Das dominierende Element innerhalb der Einheit der herrschenden Klassen, das wir als hegemoniale Fraktion des Kapitals bezeichnen können, blieb während der Weimarer Jahre nicht gleich. Während dieser Jahre war die Industrie in zwei Fraktionen gespalten, die miteinander um die Führung und das Recht wetteiferten, den Ton anzugeben und die Richtung der Industrie insgesamt zu bestimmen.

Die eine Fraktion war die Schwerindustrie: Abhängig vom Binnenmarkt, war sie protektionistisch ausgerichtet und interessiert an allem, was den Binnenmarkt vergrößern und organisieren helfen könnte. Nach 1925 und bestimmt ab 1927 war die Schwerindustrie mit der Last beträchtlicher Überkapazitäten konfrontiert und nur mit unbefriedigenden Quoten an verschiedenen internationalen Kartellen (wie der Internationalen Rohstahlgemeinschaft) beteiligt. In der Vorkriegsperiode betrug das Einkommen der deutschen Ferro-Stahlproduktion an der gesamten Weltproduktion ein Viertel; zu Beginn des Jahres 1929 waren es nur noch ein Achtel. Die Schwerindustrie wurde angeführt von den Eisen-, Stahl- und Bergbauinteressen, speziell aus dem Ruhrgebiet. Im Vergleich mit den Exportindustrien, die im allgemeinen kleiner, technologisch fortgeschrittener und weniger kartellmäßig organisiert waren, war die einheimische Schwerindustrie feindlicher gegenüber der organisierten Arbeiterklasse eingestellt und bezahlte sie einen höheren Preis in Bezug auf Löhne, Arbeitsstunden, Sozialgesetzgebung und Arbeitsbeziehungen. Von allen Industrien hatte der Bergbau den höchsten prozentualen Anteil an Arbeits- und Sozialversicherungskosten an den Gesamtkosten. Trotz steigender Produktionsziffern betrug dort die Profitrate 1927 lediglich 4 v.H.; die eisenproduzierende Industrie hatte sogar nur eine Profitrate von 2,8 v.H.

Die Binnenmarktstrategie dieser Fraktion und deren größere Opposition gegenüber der organisierten Arbeiterklasse trug dazu bei, die Verbindungsglieder zu dem agrarischen Sektor und dessen Politikvorschlägen zu schmieden und aufrechtzuerhalten. Ein zentrales, und immer wieder genanntes Ziel war die Senkung der Produktionskosten ebenso wie der Schutz des Grenzlandes und die Revision des Versailler Vertrages. Wenn wir den Einfluß innerhalb des allumfassenden Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) als einen Indikator nehmen, können wir schlußfolgern, daß die einheimische Schwerindustrie den anderen Industrien bis 1925 und dann wieder nach 1930 überlegen war. Die Muster des Han-

dels und der Sozialgesetzgebung, wie sie von der gesamten Industrie anempfohlen wurden, und die Politik der Staatsbürokratie reflektierten diese Vorherrschaft.

Die andere Fraktion der Industrie war die Exportindustrie: Der dynamische, technologisch weiter fortgeschrittene und prosperierende Sektor der Industrie. Er wurde angeführt von den Maschinen-, Elektro- und Chemieindustrien, aber schloß auch eine ganze Reihe von sowohl Produzenten- als auch Handelsinteressen mit ein. Die Profitraten dieses Sektors betragen manchmal mehr als das Dreifache der Schwerindustrie. Im Gegensatz zu den Überkapazitäten der Schwerindustrie konnte der Nettowert der Industriexporte zwischen 1925 und 1929 fast verdoppelt werden. Und fast 35 v.H. der Industrieproduktion gingen in den Export. Diese dynamische Fraktion stand hinter den Meistbegünstigungs-Handelsabkommen, die nach 1925 mit einer Reihe von Ländern vereinbart wurden, und unterstützte Stresemanns Politik der internationalen Reintegration enthusiastisch. Ihre hauptsächlichsten Märkte lagen in den entwickelten Ländern. Die Lohnarbeit machte einen kleineren Anteil an den gesamten Kosten aus (am niedrigsten von allen Industrien war der Anteil in der Chemieindustrie), während sie mehr zu dem beitrug, was die Industriellen selbst »added value« (Wertschöpfung, d.Ü.) nennen. Betrug im Bergbau das Verhältnis von fixen Kosten zu Arbeitskosten 3:4, lag es in der dynamischen elektrotechnischen Industrie bei 5:2 und in der chemischen Industrie fast bei 8:1 (RDI 1929b, 38). Die dynamischen Industrien waren mehr darauf vorbereitet, mit der organisierten Arbeiterklasse zusammenzuarbeiten, während sie regelmäßig den Forderungen der organisierten Agrarwirtschaft Widerstand leisteten.

Die dritte ökonomisch dominante Fraktion war die agrarische Elite, die Grundbesitzer. Obwohl sie nicht mehr länger die Sorte von Macht ausübten, die sie noch im Vorkriegsreich genießen konnten, blieb ihre Stärke doch beträchtlich - im Militär, in der Exekutive und sogar im Parlament. Sie hielten ihren Einfluß über einen Großteil der bäuerlichen/ländlichen Wähler aufrecht und vereinigten die Landbevölkerung unter einem Schirm des Protektionismus und im Widerstand sowohl gegenüber der Industrie als auch der Arbeiterklasse, die nach billigeren Lebensmitteln verlangten. Die Grundbesitzer opponierten gegenüber der Exportindustrie, weil diese Interesse daran hatte, ihre Produkte gegen die billigeren und effizienteren Lebensmittelproduzenten des nördlichen und westlichen Europa zu tauschen, während die rückständige deutsche Agrarwirtschaft einen geschützten Binnenmarkt anstrebte. Oft war die Agrarwirtschaft auch uneins sowohl mit beiden Fraktionen der Industrie als auch mit der organisierten Arbeiterbewegung.

Auf diese Weise waren die deutschen Kapitalisten mehr als durch die Marktkonkurrenz gespalten. Wie die meisten Politiker und Führer der Handelsvereinigungen wußten, waren die deutschen Kapitalisten tief gespalten in den Fragen Binnen- vs. Weltmarktorientierung, Kapitalzusammensetzung, Profitabilitätsmuster, Einsatz in und Einstellung gegenüber den Reparationsleistungen, Sozial-, Handels- und Fiskalpolitik und sogar in der Frage der Außenpolitik.

Wenn Prosperität, »Qualitätsproduktion«, internationale Wiedereingliederung und sozialer Frieden die Rechtfertigung und die Basis für die Kooperation der Industrie mit der organisierten Arbeiterbewegung lieferte, dann rührte die Rechtfertigung der SPD für diese Kooperation aus Hilferdings Theorie des »organisierten Kapitalismus«. Dieser Theorie zufolge - die Interpretationen reichen von staatsmonopolistischem Kapitalismus bis zu Korporatismus - könnte die kapitalistische Irrationalität mit zunehmender Planung gezähmt werden. Bestimmte Kartelle in Deutschland hatten lange danach getrachtet, die Anarchie des Marktes (und der Produktion) in den Griff zu bekommen, aber nun konnte die Arbei-

terklasse durch die Agentur des Staates bei dieser Planung partizipieren. Planung und Demokratisierung waren durch den Mechanismus eines neutralen und demokratischen Staates miteinander verbunden. Obgleich die Entstehung dieser Therapie und ihre Implikationen es wert wären, genauer betrachtet zu werden (wie auch Hilferdings Theorie des friedfertigen und grenzenlosen kapitalistischen Wachstums), genügt hier die Feststellung, daß die organisierte Arbeiterklasse durch die staatlichen Mechanismen materielle, ökonomische Gewinne verbuchen konnte, speziell über das Arbeitsministerium. Staatsinterventionen im Bereich privater vertraglicher Angelegenheiten zwischen Kapital und Arbeit (wörtlich: »Arbeitgeber« und »Arbeitnehmer«) fielen häufig zugunsten der Arbeiterklasse aus, und die Industriellen akzeptierten die staatlichen Interventionen trotz unaufhörlicher Klagen. Vorrang unter den Formen staatlicher Intervention hatte die bindende Zwangsschlichtung von Arbeitsauseinandersetzungen durch die Agentur des Arbeitsministeriums (und unter Berufung auf das Innenministerium). Zwischen 1924 und 1930 wurden diese Geschäftsbereiche ausschließlich entweder durch Mitglieder des Arbeiterflügels des katholischen Zentrums oder der SPD geführt. Die organisierte Arbeiterklasse errang relativ hohe und industrieübergreifende Lohnsätze; ein breites Spektrum an Sozialmaßnahmen; hohe Zuwächse der Staatsausgaben für soziale Zwecke, besonders auf der Gemeindeebene und für Wohnangelegenheiten; und, im Jahr 1927, als Juwel des Systems der Sozialpolitik, ein großzügiges und umfassendes Arbeitslosenversicherungsgesetz¹ (Abraham 1981, Kapitel 5). Diese Koalition aus SPD-organisierter Arbeiterklasse und der dynamischen Fraktion der Industrie war weder ohne Opponenten noch ohne Grenzen (Abraham 1977, 229-55). Spätestens schon seit 1925 hatte der gesamte ländliche Sektor den Eindruck, in der Handelspolitik zu kurz zu kommen und von den Steuer- und Sozialforderungen der Arbeiter geprellt worden zu sein. Anstrengungen sowohl seitens der SPD als auch der Handels- und Exportgruppen, wenigstens die bäuerlichen Produzenten von Milch und Grundnahrungsmittelnprodukten von diesen Maßnahmen zu neutralisieren, scheiterten. Die binnenmarktorientierte Schwerindustrie trug aus diesem Arrangement keinen solchen Schaden davon wie die Landwirtschaft, aber ihre Einwände wurden dennoch immer nachhaltiger. Auf der einen Seite war ihre Boom-Phase sehr viel kürzer als die der dynamischen Fraktion; auf der anderen Seite war sie durch internationale Kartelle stärker limitiert und deshalb mehr den Kapazitäts- und Kostenstrukturen des Binnenmarktes ausgesetzt. Von besonderem Gewicht für die Schwerindustrie war der weitertreibende Konflikt über den Acht-Stundentag und die Zwangsschlichtung. Um ihre Haltung zu bestärken, beteiligte sich die Schwerindustrie, speziell im Ruhrgebiet, an zahlreichen »illegalen« Aussperrungen und anderen Maßnahmen, die den quasi-offiziellen *modus vivendi* untergruben. So lange die dynamische Fraktion der Industrie den Ton angeben und die Tagesordnung für die gesamte Industrie festlegen konnte, blieb jedoch die Arbeit-Export-Koalition stabil, wenigstens im Prinzip.

Der Wahlsieg der SPD von 1928 und die kurz darauf einsetzende ökonomische Krise, beginnend in der Agrarwirtschaft und der Schwerindustrie und sich dann allgemein ausbreitend, rüttelte an den Grenzen des Kompromisses und der Patt-Situation der vorhergehenden Jahre. Bei aller Betonung, die auf den Reformismus der SPD gelegt wurde, sollte man nicht die Tatsache aus den Augen verlieren, daß dies ein militanter Reformismus war; die Partei hatte den völligen Übergang von der *Klassenpartei* zur *Volkspartei* noch nicht vollzogen. Dieser militante Reformismus im Namen der organisierten Arbeiterklasse – der sowohl von der Partei als auch von den Gewerkschaften verfolgt wurde – stellte sich selbst als

eine relativ beschränkte »pressure-group«-Mentalität dar, der es der deutschen Arbeiterbewegung zunehmend verunmöglichte, sich gegenüber den anderen untergeordneten Klassen und Schichten (einschließlich der Bauernschaft und des Kleinbürgertums) als ein lebensfähiger Alliiertes, als eine »populistische« politische Alternative zu präsentieren.² Es war vielleicht gerade ihre Loslösung von der sozialen Revolution, die die SPD daran hinderte, mit einer konsistenten Militanz die Tagesinteressen der organisierten Arbeiterklasse zu verteidigen. Unter dem Druck der KPD und ihres eigenen strukturreformistischen Flügels unterstützte die Partei nach ihrem Wahlsieg von 1928 vorsichtig die Forderung nach »Wirtschaftsdemokratie«. Für zahlreiche Industrielle und Politiker schien dieser Slogan das Eröffnungssignal eines erneuten Kampfes für das Ziel einer umfassenden Sozialisierung. Andere wußten es besser, aber lehnten dieses neue Hindernis für die Kapitalakkumulation ebenso entschieden ab. Ohne sich um Parolen irgendwelche Gedanken zu machen, ergriffen einige Gewerkschaften den Sieg der SPD als Chance, ihre Lohnforderungen zu erhöhen, und die Arbeits- und Finanzminister der SPD sahen sich gezwungen, einzuwilligen. Dies wiederum unterhöhlte den *modus vivendi* und stärkte die Schwerindustriefraktion (unterstützt von der Agrarwirtschaft); ein Ausdruck dafür war die große Ruhr-Aussperung vom Oktober 1928. Bedeutsamer jedoch als jede Regung der Arbeiter waren der Eintritt der Weltwirtschafts- und -handelsdepression, das Abschneiden der Kapitalflüsse aus New York, die veränderten Ausrichtungen innerhalb der Industrie und die (zeitweiligen) Reparationsabmachungen. Sogar noch bevor die Große Koalition im März 1930 über die Frage der Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung auseinanderbrach, hatten die Industrievereinigungen ihre Offensive gegen die organisierte Arbeit, die SPD und nicht zuletzt gegen die Republik selbst gestartet. Die ökonomischen Zugewinne für die Arbeiterklasse und der Unwillen und die Unfähigkeit der SPD, diese aufzugeben, kollidierten zunehmend mit dem Imperativ der Kapitalakkumulation und Reproduktion. Die Militanz der SPD erwies sich als entscheidender Faktor bei der reaktionären Politisierung des Kapitals, insbesondere der liberaleren und dynamischeren Fraktion. Die organisierte Arbeit erschöpfte die Bereitschaft der deutschen Industrie, Reformen voranzutreiben, die sowohl republikanische Stabilität als auch die Herrschaft der Kapitalistenklasse sichern konnten. Eine Reihe ökonomischer Gewinne, die von keinen bedeutsamen strukturellen Siegen in der politischen Sphäre begleitet waren, machten die Arbeiterklasse äußerst verletzlich für ein »rollback« in beiden Sphären.

Der Anschlag der Industrie auf die Abmachung der Stabilisierungsperiode begann mit dem Treffen des RDI vom September und Oktober 1929 und der Veröffentlichung ihres neuen Programms: »Aufstieg oder Niedergang«. Der Wechsel begann von der *Sozialpolitik* zur *Wirtschaftspolitik* - d.h. von einer Politik, die die Legitimation betont, zu einer Politik, die die Akkumulation in den Vordergrund stellt.³ Diese erneute Konterrevolution dauerte bis zum Ableben der Republik; ihre ökonomischen und politischen Facetten waren eng miteinander verwoben. Während der nächsten drei Jahre stand der Ungeduld der Industriellen hinsichtlich der Geschwindigkeit und des Ausmaßes des »rollback« die ambivalente Haltung der Führung der bürgerlichen Parteien gegenüber, mit der diese den Verlust ihrer Angestelltenwählerschaft verfolgten. Dies wiederum verschärfte die politische Krise: Die zunehmend puristischen wie auch unversöhnlichen bürgerlichen Parteien konnten keine bürgerliche Regierung bilden; jedoch konnte nach 1930 keine Regierung eine Mehrheit hinter sich bringen, ohne entweder die SPD oder die NSDAP mit einzuschließen. Das von dem Industriellen Paul Silverberg 1926 formulierte doppelte Diktum - die Industrie stand voll

und ganz hinter der Republik, und keine Regierungsbildung war ohne die SPD und die Arbeiterbewegung möglich - wurde nun völlig umgekehrt: Die Industrie konnte nicht mehr länger eine Republik akzeptieren, die ihre Kräfte spaltet und schwächt, und keine Regierung war tolerierbar, die eine SPD einschloß, die anscheinend Kapitalakkumulation und Profite verunmöglichte. Es war diese grundlegende Verschiebung, ermöglicht durch die Annahme des Young-Plans und befördert durch den Tod Stresemanns Ende 1929, der zur Auflösung der Großen Koalition im März 1930 und zur einsetzenden Unterstützung für die semidiktatorische, semiparlamentarische Regierung des katholischen Politikers Heinrich Brüning (April 1930-April 1932) führte. Die Koalition zwischen den dynamischen Industriellen, liberalen Politikern und der SPD (Silverberg-Stresemann-Severing-Allianz), auf der die Stabilität ruhte, wurde von der Industrie aufgekündigt.

Abgesehen von der Schärfe veränderte sich das Programm der Industrie wenig gegenüber dem im Herbst 1929 verkündeten Programm. Widrige ökonomische Verhältnisse führten zu Rückgängen der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder und der Militanz; mehr Streiks wurden verloren als gewonnen und es blieb der SPD überlassen, die Interessen der organisierten Arbeiter über den politischen Mechanismus zu verteidigen. Die SPD war sowohl veröhnlich als auch unnachgiebig bei den Doppelproblemen Löhne und öffentliche Ausgaben: sie akzeptierte auf der einen Seite im Juni 1930 einen zehnprozentigen Lohnkürzungsschlag und große Teile von Brünings fiskalischer Austeritätspolitik und pro-kapitalistischen Steuerprogrammen; auf der anderen Seite verhärtete die SPD ihre Position aber, als sich die Arbeitslosigkeit verschlimmerte, die Macht der Kommunisten anwuchs und die Industrie jegliche »Reziprozität«, speziell bei der Frage der Senkung der Kartellpreise, verweigerte.

Die Parteimitglieder und die Gewerkschaften waren hartnäckig in ihrer Opposition gegenüber der Haltung der Partei bei der bitteren Pille einer Verminderung des Leistungsbereiches der Arbeitslosenversicherung, die im Austausch für eine mögliche Fortführung der Großen Koalition 1930 geschluckt wurde; aber ein oder zwei Jahre später stand die Parteimitte in ihrem Kampf alleine, um die »Errungenschaften der Revolution« zu retten. Sie war, angesichts einer gespaltenen Opposition, vielleicht zu erfolgreich bei der Verteidigung des ökonomischen Angriffs des Kapitals. Der militante Reformismus der SPD stärkte letztendlich die Seite der reaktionärsten Kapitalisten. Was das für die Industriellen anzeigte, und was für die anderen, speziell die ländliche Elite, seit einiger Zeit abzusehen war, war die Einsicht, daß die Hindernisse für eine ökonomische Erholung nicht innerhalb eines politischen Rahmens beseitigt werden konnten, der die Fragmentierung der Unternehmer beförderte, während er der SPD es erlaubte, die Anwendung von Maßnahmen zu beschränken, die diese Hindernisse beseitigen würden.

Aber was war das eigentlich Spezifische der Forderungen der Industriellen nach 1929 gegenüber der organisierten Arbeit, der SPD und dem Staat? Wieder wurde das Programm der Industrie recht ausführlich durch den RDI Ende 1929 ausgearbeitet. In der Vorkrisenperiode hatte der RDI einfach argumentiert, daß »Sozialpolitik durch die Produktivität der Wirtschaft begrenzt werden muss«, aber mit Einbruch der Krise radikalisierte sich diese Sichtweise drastisch. Zuerst führte das RDI-Programm eine Attacke gegen die Große Koalition; dann wurde es so etwas wie ein Maximalprogramm, das mit der Hoffnung versehen wurde, Brüning möge es umsetzen. Dessen Unfähigkeit bei der Umsetzung war der vorrangige Grund, warum er etwa ab Mitte 1931 die Unterstützung der Industrie verlor. Schließlich versuchte die von Baron Franz von Papen geführte Regierung (April-November 1932)



ihr Bestes, um das Sozialprogramm der Industrie umzusetzen, aber ihr mangelte es zum einen an einer Massenbasis, zum anderen kam sie mit den dynamischen Exportindustrien ins Gehege.

Neben der Abschaffung der verbindlichen Zwangsschlichtung und anderen Punkten, die implizit in den Analysen des RDI enthalten waren, lassen sich die Hauptforderungen des RDI folgendermaßen zusammenfassen: (1) »Erleichterung der Kapitalakkumulation durch Sicherung der Rentabilität (!)«; (2) eine Lockerung der staatlichen Interventionen in die Wirtschaft; (3) eine Beendigung der Staatsverschuldung; (4) eine Beendigung des privilegierten Wettbewerbs der öffentlichen Hand mit dem Privatsektor, speziell im Bereich des Wohnungsbaus; (5) eine Beendigung der Angriffe auf das Kartellsystem; (6) Einsparungen bei der Finanzierung und den Ausgaben auf allen Gebieten der Sozialpolitik, speziell bei der Arbeitslosenversicherung; (7) eine Verringerung der nationalen, staatlichen und lokalen Regierungsausgaben und eine Beschränkung der Steuer- und Budgethoheit der Länder und der Stadtparlamente; (8) eine Senkung der Kapital- und Produktionssteuern und ein Anstieg der indirekten und Konsumsteuern, wobei erstere die Form großer Senkungen der Vermögens-, Gewinn- und verschiedener Einkommensteuern annehmen sollten; (9) und schließlich die Heranziehung von Wirtschaftsexperten und nicht von Politikern, um die vorgenannten Punkte umsetzen zu können.

Paul Silverberg, der anerkannte Chef der expandierenden kohle-stromerzeugenden Industrie und ein politisch Progressiver, faßte im Januar 1930 den aktuellen Status und die Form des Widerspruches zwischen Lohnarbeit und Kapital so zusammen:

Eine private, individualistische, kapitalistische Wirtschaft kann nicht erfolgreich sein, wenn der Staat gleichzeitig eine kollektivistische und sozialistische Wirtschaftspolitik verfolgt, speziell auf den Feldern der Sozial-, Steuer- und Fiskalpolitik. Es ist dieser Widerspruch, der zu unserer gegenwärtigen mißlichen Verfassung geführt hat. (RDI 1930).

Mehr als alles andere zielten die politischen Kämpfe zwischen 1930 - 32 darauf ab, die politischen Voraussetzungen für die Lösung dieses Widerspruchs zu Lasten seines »sozialistischen« Aspektes zu schaffen. Die herrschenden sozialen Klassen wollten ihre eigene Geschichte schreiben, aber sie konnten sie nicht nach Belieben machen. Sie mochten sich anmaßen, vollständige Kontrolle über die wichtigsten bürgerlichen Parteien zu besitzen, sie mochten die verschiedenen Kräfte innerhalb und außerhalb der »nationalen Opposition« unterstützen und finanzieren und daran arbeiten, den demokratischen Staat durch einen autoritären zu ersetzen, aber sie konnten sich nicht sicher sein, zu welchem Ergebnis diese Anstrengungen führen würden. Was die herrschenden sozialen Klassen mit aller Bestimmtheit unternahmen, war, den Klassenkampf von oben einzuleiten, mit der Absicht, wie Hans Mommsen es formulierte, »die sozial-politischen Kompromisse systematisch zu unterhöhlen, die der Gründung der Weimarer Republik unterlagen« (Mommsen 1974a, 321) und die in den Jahren ab 1924 rekodifiziert und entwickelt wurden. Die Schwerindustrie trug mit ihren Verbindungen zu Armee und Bürokratie besonders zur Schaffung eines sozialen Klimas des Klassenkonfliktes bei. Der Druck der *Wirtschaft* (der Ökonomie und ihrer Führer) auf das politische System schwächte insbesondere nach 1930 die SPD und die Gewerkschaften beträchtlich und paralyisierte das politische System von Weimar, während er den Kräften Unterstützung leistete, die es von Rechts aus angriffen. Bevor wir diese Offensive der herrschenden Klassen analysieren, müssen wir die Sozialpolitik und die Kompromisse zwischen Arbeiterklasse und Industrie während der Periode 1924-29 untersuchen, die dann das Feld der Offensive der Industrie darstellten.

Der gesellschaftliche Kompromiß: Seine Ergebnisse und seine Grenzen

Die Stärke der organisierten Arbeiterklasse in der Weimarer Republik - in einem Kontext, der durch eine Verbindung wirtschaftlicher Erholung und relativer Prosperität sowie politischer Fragmentierung des bürgerlichen Lagers gekennzeichnet war - führte nach 1924 zu einer Reihe ökonomischer und sozialer Siege. Wir haben schon einige der Sozial- und Arbeitsgesetze angeführt, die unter dem Schutz der Koalition von Arbeiterklasse und Exportkapital erzielt werden konnten, einige sogar unter bürgerlichen Allparteien-Regierungen. Obwohl die Stinnes-Legien-Vereinbarungen und die Arbeitsgemeinschaften⁴ tote Buchstaben waren, behielten Jakob Reicherts panische Bemerkungen aus diesem Jahr doch eine gewisse Gültigkeit: die traditionelle Mittelklasse und die Grundbesitzer waren nicht länger mehr wertvolle oder zuverlässige Alliierte; »Alliierte der Industrie konnten nur noch unter den Arbeitern gefunden werden; dies waren die Gewerkschaften.«⁵ Die stillschweigende Silberberg-Stresemann-Severing-Allianz blieb während der Periode der relativen Prosperität in Kraft und brachte für beide Seiten Gewinne; für die herrschende Klassen waren diese vorrangig politischer, für die Arbeiterklasse hauptsächlich ökonomischer Natur (vgl. Neumann 1966, 13ff.; Petzina 1969, 59ff.). Ohne weder in eine Untersuchung der spezifischen Gesetzgebung noch in die Debatte der gesetzlichen Verfügung einzutreten, können wir doch die der Periode vor dem Zusammenbruch der Großen Koalition zugrundeliegenden Prinzipien der Arbeits-, Fiskal- und Sozialgesetzgebung untersuchen.

Das einströmende ausländische Kapital erleichterte die Rationalisierung der deutschen Industrieanlagen und trug viel zur Erholung der Wirtschaft bei. Aber unter den Bedingungen der vorherrschenden relativen Stagnation des Massenkonsums trug es auch zu einer Erhöhung des quasistrukturellen Niveaus der normalen Arbeitslosigkeit bei. So überstieg das Nominallohnniveau beschäftigter Arbeiter im »Boomjahr« 1928 das Niveau von 1913 um 155 v.H., während die Reallöhne der gesamten Arbeiterklasse, einschließlich der Arbeitslosen, gerade dem Vorkriegsniveau entsprach (Preller 1949, 507; vgl. Svennilson 1954, 41-58 und Anhang; Bry 1960, 461-67; Petzina und Abelshauser 1974, 57-76; Wagenführ 1933, 29-44). Es war das Ziel großer Teile der Sozialpolitik, die Gewinne innerhalb der Reihen der Arbeiter und Angestellten selbst umzuverteilen; politische Kunstgriffe wurden vorgenommen, um die negativen Auswirkungen der hohen Arbeitslosigkeit auf die Gewerkschaften zu mildern. Die SPD erwartete darüberhinaus, daß staatliche Sozialmaßnahmen die Hinwendung von Arbeitslosen zur KPD behindern würden. Die staatliche Schlichtung bei der Verhandlung industriübergreifender Lohnsätze arbeitete teilweise dem Druck der industriellen Reservearmee entgegen, während andere Maßnahmen dazuhin den freien Arbeitsmarkt einschränkten⁶. Ein Arbeitszeitgesetz von 1927 stellte in fast allen großen Unternehmen den Achtstundentag her, indem es für alle über den Achtstundentag oder die 48-Stundenwoche hinausgehenden Arbeitsstunden die gewerkschaftliche Zustimmung sowie einen 25prozentigen Lohnzuschlag vorsah. Ein Zusatz zu einer Regelung von 1924 verpflichtete zu Vorkehrungen, die von einer 24-Stundenbasis ausgingen, von einem Zwei-Schichten- zu einem Drei-Schichten-System überzugehen. Im Jahr 1926 wurde das Arbeitsgerichtsgesetz im wesentlichen im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen verändert. Die Kranken-, Erwerbsunfähigkeits- und Sozialversicherungen wurden verschiedentlich ausgeweitet. Die Heimarbeit wurde geregelt und Tarifvertragsverhandlungen unterworfen. Gesundheitsschutz- und Sicherheitsnormen wurden verbessert. Der Wohnungsbau wurde zu einem zentralen Unterfangen bestimmt und Mietschutzgesetze wurden festgeschrieben. Aber das Juwel des gesamten Systems war das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG), das den Gewerkschaften zwei neue Instrumente zur Hilfe bei der Gestaltung des Arbeitsmarktes an die Hand gab. Es verstärkte die Rolle der Gewerkschaften bei der Anwerbung von Industriearbeitern durch die Arbeitsämter und, noch wichtiger, es lockerte den Druck der Arbeitslosigkeit auf die Löhne (und das gewerkschaftliche Vermögen), indem es ein umfassendes System der Arbeitslosenversicherung etablierte, zu dem Arbeitgeber, Arbeitnehmer und, indirekt, der Staat beitrugen.

Dieser Siegeszug basierte auf der Fähigkeit der Gewerkschaften, industrieübergreifende Kollektivverhandlungen zu führen und auf deren Wissen, daß sie auf die bindende Zwangsschlichtung durch das Arbeitsministerium zurückgreifen konnten. Die zentrale Stellung und der wachsende Einfluß des Büros des Arbeitsministers veranlaßte Preller es als »direkten und indirekten Paten« all dieser Entwicklungen zu beschreiben, wenn auch nur Kraft der Macht des Ministers, die Schlichtung als verbindlich zu erklären (Preller 1949, 509; vgl. Hartwich 1967, 231-307). Die Konflikte über die Sozialgesetzgebung und die Schlichtung waren, wie die Konflikte über Löhne, Teil des Kampfes um die Verteilung des Sozialprodukts. Wie sollten die Lasten und Kosten dieser stattlichen Reihe von Sozialmaßnahmen aufgeteilt werden? Obwohl Arbeitgeber, Industrie- und Agrarorganisationen einheitlich diese Art staatlicher Intervention in die Ökonomie tadelten, waren sie doch unfähig, eine erfolgreiche politische Opposition dagegen aufzubauen - wenigstens bis zum Sieg der SPD und der gewerkschaftlichen »Offensive« von 1928 und dem Einsetzen ökonomischer und

fiskalischer Schwierigkeiten im Jahr 1929. Einer der Gründe für ihre vorübergehende Schwäche war die Tatsache, daß nicht nur die Industriearbeiter Vorteile aus der Sozialpolitik zogen.

Stresemann war in der Lage, seine Unterstützung der Sozialgesetzgebung dazu zu benutzen, sich eine beträchtliche Basis unter den Angestellten zu schaffen; mit ihnen und vielen dynamischen Exportindustrien im Hintergrund, sah er sich in die Lage versetzt, die Klagen des Industrieflügels innerhalb der DVP und der meisten Industriellen zu ignorieren bzw. zu übergehen (vgl. Döhn 1970; Hamel 1967; Croner 1928, 103-46; Winkler 1974; Geiger 1932, 106-08; Winkler 1976, 1-18; Lebovics 1969, 3-48; Schieder 1976, 103ff.; Kocka 1974, 792-811). Ferner war der Geschäftsbereich der Arbeit bis 1929 in den Händen von Heinrich Brauns (Zentrum), und er und seine Partei waren, zusätzlich zu dem direkten Druck der katholischen Gewerkschafter und der Angestellten, von einer gewissen Affinität zur »Führung der Amtsgeschäfte« geleitet und mit einer Neigung zu sozialen, korporatistischen und paternalistischen Lösungen gesellschaftlicher Konflikte versehen. Die politische Stärke der Arbeiter und die ökonomische Herrschaft des Kapitals verlieh Brauns ein gewisses Maß an Autonomie, die sein bereitstehender SPD-Nachfolger nicht hätte genießen können, sobald der ADGB davon sprach, die politische Demokratie in ökonomische Ziele zu übersetzen.

Einheitliche Lohngewinne, verschiedene Formen der Sozialversicherung, ein öffentliches Wohnungsbauprogramm und die Kontrolle der Mieten, einige Maßnahmen gewerkschaftlicher Kontrolle über den Arbeitsmarkt und die verfügbaren »Amtsleistungen« des Arbeitsministeriums stellten Gewinne für die organisierte Arbeiterbewegung dar und waren Teil eines allgemeinen gesellschaftlichen Kompromisses. Die öffentlichen und speziell die Ausgaben der Gemeinden stiegen schnell an, wenn auch nicht immer in vernünftiger Weise. Sogar der kommunistische Historiker Arthur Rosenberg war zu der Beobachtung veranlaßt, daß

in der Zeit nach 1924, die deutschen Behörden geradezu glaubten, daß das Geld keine Rolle spielt und daß man jederzeit soviel Geld haben werde, wie man nur wolle ... was aber der wirklichen Lage Deutschlands nicht entsprach ... Die Folge aller dieser Tendenzen war, daß die öffentlichen Ausgaben Deutschlands und demgemäß der Steuerbedarf von Reich, Ländern und Gemeinden, nach 1924 eine phantastische Höhe erreichten. (Rosenberg 1961, 166).

Auch wenn die Zahlen unvollständig sind, scheint doch eine reale Verschiebung der Verteilung des Volkseinkommens stattgefunden zu haben, wie Tabelle 1 offenbart. Während der Weimarer Jahre erhöhte sich der Anteil der Lohnempfänger am Volkseinkommen, während der Anteil des Kapitals wenigstens bis 1932 zurückging. Zwischen 1926 und 1932 ging der jährliche Anteil des Industriekapitals um 8 v.H. zurück, während der Anteil der Lohnempfänger um mehr als 3 v.H. anstieg. (Das nationalsozialistische Regime drehte diesen Trend ziemlich demonstrativ um). Wenn, was wahrscheinlich ist, die Arbeitereinkommen 1929 ihren Gipfel erreichten, dann ist die Gegenüberstellung mit dem Jahr 1913 und sogar mit 1925 tatsächlich erschreckend. Ferner schienen sich die Behauptungen der Arbeitgeber zu bewahrheiten, daß die Rentabilität nicht mit der wachsenden Produktion anstieg.

Tab. 1: Einkommensverteilung zwischen Unternehmern und Lohnabhängigen
(in Mrd RM und als Anteil am Volkseinkommen)

	Agrarunternehmer		Industrie- unternehmer ^a		Löhne und Gehälter		Volkseinkommen	
	RM	%	RM	%	RM	%	RM	%
1913	6.5	13.0	11.2	22.3	23.3	46.5	50.1	100
1925	5.7	9.5	11.8	19.7	35.0	58.3	60.0	100
1926	5.8	9.2	12.8	20.4	36.1	57.3	63.0	100
1927	5.9	8.3	13.8	19.4	41.7	58.5	71.3	100
1928	5.8	7.7	13.9	18.4	44.6	58.9	75.7	100
1929	5.5	7.2	13.5	17.6	45.8	59.6	76.8	100
1930	5.0	7.3	10.3	15.1	41.2	60.3	68.4	100
1931	4.4	7.7	8.5	14.9	34.6	60.5	57.2	100
1932	3.9	8.6	5.6	12.4	27.4	60.6	45.2	100
1938	6.4	7.8	19.8	24.1	45.7	55.7	82.1	100

Anmerkung:

a Einschl. Groß- und Einzelhandel, Transport, Versicherungen und nichtausgeschütteten Unternehmensgewinnen

Quellen: Die Zahlen sind deflationiert. Sie stammen aus: Jostock (1955, 109), nach: Bry (1960,122).

Die staatliche Rolle bei der Schlichtung und manchmal bei der Entscheidung über Arbeitskonflikte erhöhte langfristig die Bedeutung einer Kontrolle der Regierung. Die Politisierung der Arbeitsbeziehungen beförderte die Aktivitäten des ADGB innerhalb der SPD und gab der Mitgliedschaft innerhalb der Partei zwischen 1928 und 1930 Auftrieb. Bis die Ereignisse des Jahres 1932 sie anderes lehrten, schienen die Gewerkschaftsführer die Möglichkeit zu ignorieren, daß staatliche Interventionen ihre Gewinne genauso leicht unterminieren oder gar beseitigen könnten wie sie sie zuvor vergrößerten (Hüllbusch 1967, 130). Vom Gesichtspunkt des Jahres 1928 aus schienen den Gewerkschaften die Dynamik der Ereignisse zu gehören. Das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz schützte 16,5 Mio. Arbeiter und Angestellte, von denen über 12,5 Mio. durch Lohntarifvereinbarungen abgedeckt waren. Eine kritische Schwäche innerhalb dieses Bildes der Stärke war jedoch die Tatsache, daß nur etwa 40 v.H. der von den Tarifvereinbarungen geschützten Lohnabhängigen tatsächlich zu einer Gewerkschaft gehörten. Sowohl das hohe Niveau der strukturellen Arbeitslosigkeit als auch die zunehmende Bedeutung der staatlichen Schlichtung forderten ihren Tribut hinsichtlich einer Mitgliedschaft in den Gewerkschaften. Es wurde das Argument vorgetragen, daß die Arbeiter das Interesse an ihrer Gewerkschaft zu verlieren begannen, als die Löhne in zunehmendem Maße »durch den Staat festgelegt« wurden (Wunderlich 1940, 86). In der Tat wurde in den späten zwanziger Jahren ein Drittel aller Lohnvereinbarungen, die etwa zwei Drittel aller Arbeiter umfaßten, durch Zwangsschlichtungen erzielt. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad stieg von 1926 bis Ende 1930 ziemlich bescheiden an, ohne daß die Gewerkschaften aber wieder ihren Mitgliederstand des eindrucksvollen Jahres 1923 geschweige denn den des Spitzenjahres 1920 erreicht hätten.⁸ Zwischen 1920 und 1923 waren etwa 60 v.H. der deutschen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert; nach den Horrorereignissen der Inflation, der Ruhrbesetzung und den Putschversuchen der KPD verharzte der Anteil zu Beginn des Jahres 1926 unter 30 v.H. und stieg dann bis Anfang 1930 allmählich und bescheiden auf etwas unter 40 v.H. an, bevor er dann wieder

zurückging. Zwischen 1926 und 1930 erholte sich folglich die gewerkschaftliche Macht und entwickelte sie sich substantieller voran als die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften. Mit Gewißheit wuchs die Reichweite der gewerkschaftlich vereinbarten Tarifverträge an, wenn auch hier die Arbeitslosigkeit einige der Erfolge verdarb.

Zwischen 1924 und Ende 1929 wurde die durchschnittliche Arbeitswoche effektiv um fast zwei Stunden gekappt.⁹ Ungelernte Arbeiter zogen aus dieser Kürzung größeren Nutzen als gelernte Arbeitskräfte, natürlich abgesehen davon, daß nach 1927 der größte Teil der Überstunden durch Zulagen kompensiert wurden. Der implizite Zweck der Arbeitszeitverkürzung - nämlich Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitslosigkeit abzubauen - wurde im Grunde nicht eingelöst.

Sowohl die Nominal- als auch die Reallöhne der Beschäftigten stiegen nach dem Tiefpunkt von 1924 beträchtlich an. Zu Beginn des Jahres 1924 lagen die durchschnittlichen Nominallohnsätze beinahe 10 v.H. unter dem Niveau von 1913.

Bei einem 28 v.H.-Anteil an Kurzarbeitern blieben den Gewerkschaften wenig Möglichkeiten, den Arbeitgebern Widerstand entgegenzusetzen. Zwischen 1924 und 1930 stiegen jedoch die Lebenshaltungskosten nur mäßig an (etwa um 15 v.H.), während die Nominallöhne beträchtlich stiegen (um mehr als 60 v.H.). Dies wurde alles durch den allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung, die dadurch verbesserte Produktivität der Industrie und der Stagnation und des schließlichen Rückgangs der Agrarpreise ermöglicht. Die Stundenlohnsätze stiegen zwischen 1924 und 1929 um 40 v.H. an und erreichten ein Niveau, das etwas über 20 v.H. von 1913 lag.¹⁰ Die realen Stundenlöhne und die realen Wochenlöhne stiegen sogar noch stärker als die entsprechenden realen Sätze - jeweils fast um 55 und 60 v.H. Die realen Stundenlöhne stiegen bis 1931 an, wo sie 30 v.H. über dem Vorkriegsniveau lagen. In der Tat wuchsen sowohl die nominalen Stundenlohnsätze als auch die realen Einkommen auch das Jahr 1930 hindurch an - trotz des ökonomischen Abschwungs. Tab. 2 zeigt das Verlaufsmuster der Nominal- und Reallöhne der gesamten Periode. Wenn man die durchschnittlichen Bruttoeinkommen der Vollzeitbeschäftigten in den fünfzehn größten Industrien als Bezugsgröße nimmt (1931=100), dann betragen 1929 und 1930 die jährlichen Einkommen mehr als 180 Indexpunkte - ein Niveau, das frühestens Ende der 50er Jahre wieder erreicht wurde.¹¹

Tab. 2: *Stunden- und Wochenlöhne (1913=100)*

	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Nominal:									
Stundensätze	107	135	146	154	168	177	180	171	144
Stundenlöhne	112	146	155	169	190	200	194	180	151
Wochenlöhne	91	123	128	143	164	169	155	137	113
Real:									
Stundensätze	82	95	102	104	110	115	122	125	120
Stundenlöhne	86	103	109	114	125	130	131	132	125
Wochenlöhne	70	87	90	97	108	110	105	100	94

Quelle: Bry (1960, 331; 362); Hoffmann (1965, 470)

Sogar noch als die Brüning-Regierung nach dem Juni 1930 damit begann, Lohnkürzungen durch Notverordnungen durchzusetzen und die staatlichen Schlichter »gegen« die Arbeiter

entschieden, blieb das relative Lohnniveau hoch. Weil sowohl die Kosten für Rohstoffe als auch die Lebenshaltungskosten relativ stabil blieben - tatsächlich sanken die Rohstoffkosten nach 1924 allgemein ab - bewegte sich das Preis-Lohn-Verhältnis bis 1932 zugunsten der Arbeiterklasse. Auch wenn konservative Analytiker die Bedeutung dieses Indikators überschätzen (Hermens 1967, 296), gibt er doch einigen Aufschluß über die wachsende Feindseligkeit des Kapitals und über die Wohlfahrt der Arbeiter. Setzt man das Preis-Lohn-Verhältnis des Boom-Jahres 1928 gleich 100, dann lauten die Indexwerte der anderen Jahre wie folgt:

1925 = 127	1928 = 100	1931 = 79
1926 = 110	1929 = 94	1932 = 81
1927 = 104	1930 = 86	(erstes Quartal)

Die ökonomische Achillesferse der Sozialpolitik wird recht deutlich in Tab. 3 dargestellt - ständige hohe Arbeitslosenzahlen und eine relative Stagnation der Beschäftigtenzahlen. Dies war eine Fehlentwicklung, die sich die Opponenten der organisierten Arbeiterbewegung später gründlich zu Nutzen machen sollten, insbesondere in der Situation, als die politischen Garanten der Gewerkschaften geschwächt waren.

Die hohe Arbeitslosigkeit war für die neuen Fürsorge- und Versicherungsmaßnahmen sofort eine Herausforderung. So bezogen im Winter 1928-1929 bis zu 2,5 Mio Lohnabhängige Arbeitslosenversicherungsleistungen, was das Vermögen ernsthaft angriff und sowohl einen direkten Zuschuß des schon angeschlagenen Finanzministeriums als auch einen Anstieg der Beiträge der beschäftigten Lohnabhängigen, der die vorgeschriebenen 3 v.H. der Bruttolöhne überstieg, notwendig machte (Hüllbusch 1967, 135-36; Preller 1949, 520). Mitte 1929, als die Prosperität noch anhielt, waren fast 10 v.H. der Mitglieder des ADGB arbeitslos und bezogen 1,5 Mio Deutsche Arbeitslosengeld; über 10 v.H. des Staatshaushaltes wurden für die Arbeitslosen- und Sozialversicherung aufgewendet. Schon allein die Krise des Arbeitslosenversicherungsvermögens und der Staatsausgaben verschärften die fiskalische Krise des Staates. Es war der Konflikt über deren Überwindung, über die Entscheidung, auf wessen Kosten die Krise überwunden werden sollte, der die Große Koalition und Arbeiterklasse-Exportkapitel-Allianz ein knappes Jahr später zusammenbrechen ließ.

Tab. 3: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit (in Mio und v.H.)

	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Beschäftigung:								
Industrie und Bergbau	12,5	11,2	13,0	13,4	13,0	11,4	9,5	8,0
Handel und Transport	5,3	5,4	5,7	5,9	6,1	6,0	5,7	5,3
alle Sektoren ^a	31,0	29,9	32,0	32,5	32,3	30,5	28,1	26,1
Arbeitslosigkeit: ^b								
Registriert	0,7	2,1	1,3	1,4	1,9	3,3	4,6	5,6
% mit Gewerkschaftsmitglied	6,5	18,4	8,8	8,1	13,3	22,8	34,4	45,2

Anmerkungen:

a Zu den genannten Bereichen kommen noch die Agrarwirtschaft, die Dienstleistungen, das Militär und alle anderen Bereiche dazu.

b Es handelt sich um »konservative« jährliche Durchschnitte; die wirklichen Zahlen sind wahrscheinlich höher und die Winterzahlen beträchtlich höher.

Quellen: Hoffmann (1965,205-06); Bry (1969, 398-400)1 cf. Petzina und Abelshauer (1974, 57-76); Svennilson (1954, 41-58 und Anhang); Wagenführ (1933, 29-44). Die Zahlen von Preller (1949, 394) liegen etwas höher.

Wie Fußnote 8 und Tab. 3 anzeigen, bedeutete das Ansteigen der Arbeitslosenzahlen einen Rückgang der Mitgliedszahlen der Gewerkschaften- und beide Erscheinungen schwächten die Gewerkschaften in einer Situation, in der ihr (defensiver) Kampf gegen die Arbeitgeber sich verschärfte. Dies wiederum verstärkte den Druck auf die SPD und trug so zu der Desintegration der Großen Koalition bei (Schneider 1975a, 47-60). Wie die veränderte ökonomische Situation und die Offensive der Unternehmer zu einer Veränderung der Dynamik der Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital führte, zeigt ein Blick in Tab. 4, die die infolge von Streiks und Aussperrungen verlorenen Arbeitstage zusammenfaßt.

Tab. 4: *Arbeitsausfalltage (in Mio Arbeitstagen)*

	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Infolge Streiks	13,4	4,0	0,8	3,1	8,6	1,6	3,7	1,5	1,1
Infolge Aussperrungen	22,8	5,9	0,4	3,0	11,7	2,7	0,3	0,4	0,0

Quelle: Bry (1960, 327)

Die Aussperrungen wurden nach 1924 zu einem Indikator der Offensive der Arbeitgeber, während die Streikbewegung (vielleicht mit Ausnahme von 1927) zunehmend zu einer defensiven und reaktiven Strategie der Arbeiterklasse wurde. Im Jahr 1931 war die Arbeiterklasse im Grunde ihres Mittels des Streikes beraubt und die Arbeitgeber, obwohl sie kaum zufriedengestellt waren, brauchten ihre Beschäftigten nicht länger auszusperren.

Andere Indikatoren zur Erfassung des Fortschritts der Sozialpolitik während der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre und ihres danach erfolgenden langsamen Rückzugs zeigen die gleiche doppelte Bestimmung durch ökonomische Bedingungen und politische Entwicklungen. So stiegen die Beiträge der Arbeitgeber zur Krankenversicherung zwischen 1925 und 1929 um 58 v.H. an, um dann bis 1932 um 31 v.H. zu sinken.¹² Auf den ersten Blick könnte dies als eine direkte Folge der Veränderung der Beschäftigung (resp. Arbeitslosigkeit; d.Ü.) erscheinen, aber wenn man diese Zahlen mit dem Anteil des Unternehmereinkommens vergleicht (s. Tab. 1), wird deutlich, daß die Arbeitgeber bis 1932 zunehmend größere Teile ihres Einkommens für diesen Zweck abgeben mußten. Die staatlichen Ausgaben zur Sozialversicherung stiegen zwischen 1925 und 1930 um 57 v.H. und gingen dann bis 1932 lediglich um 13 v.H. zurück; hierfür waren eher politische Gründe ausschlaggebend als die Entwicklung der Beschäftigung. Ähnlich stiegen die Staatsausgaben in knapp drei Jahren zwischen 1925 und 1928 um volle 25 v.H., nämlich von 8 auf 10 Mrd RM. Im Jahr 1930 gingen sie nur um 2,4 v.H. zurück. Erst 1931 kam es zu einem substantiellen Rückgang von 12,5 v.H., dem sich ein weiterer Rückgang um 11,5 v.H. im Jahr 1932 anschloß (Hoffmann 1965, 728).

In den meisten Fällen waren die politischen Entscheidungen der Regierungen Brüning und Papen notwendig, um auf dem Felde der staatlichen Ausgaben das zu vervollständigen, was die ökonomischen Entwicklungen hinsichtlich der meisten Facetten der Lohnarbeit-Kapital-Beziehung selbst vorangetrieben hatte. Bei ihren Anstrengungen, die öffentlichen Ausgaben zu beschneiden und zu kürzen, verwiesen beide Regimes natürlich auf die infolge der ökonomischen Krise sinkenden Steuer- (und anderen) Einnahmen sowie auf die Notwendigkeit, den ökonomischen Aufschwung durch eine Verringerung der Steuerlast auf Kapital und Produktion zu ermutigen. Bis 1928 stiegen die Steuer- und anderen Einnahmen durchgängig an; 1929 wuchsen sie nur noch leicht, im Jahr 1930 gingen sie etwas zurück, um danach steil abzufallen. Als die ständig steigenden Arbeitslosenzahlen nach 1929 die privaten oder vertraglichen Bestandteile der Sozialpolitik gefährdeten, verlangte die organisierte Arbeiterbewegung nach dem Staat, um die finanzielle Lücke zu schließen. So konnten 1931 die Arbeitslosen- und Krankenversicherungen nur durch einen Transfer des Finanzministeriums in Höhe von 2,4 Mrd RM zahlungsfähig gehalten werden: dieser Betrag entsprach 45 v.H. der Summe, die von den Beschäftigten und ihren Arbeitgebern eingezahlt wurden und betrug nicht weniger als 28 v.H. der gesamten Steuereinnahmen von Reich und Ländern (Preller 1949, 520).

Tab. 5: Steuer- und gesamte Staatseinnahmen (in Mrd RM)

	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Steuern:								
Reich und Länder	7,37	8,09	9,45	9,90	9,99	9,81	8,51	7,32
Gemeinden	3,20	3,58	4,09	4,40	4,39	4,33	3,68	2,96
Gesamteinnahmen	12,9	14,7	17,1	18,7	18,9	18,8	16,7	15,1

Quelle: Hoffmann (1965, 801)

Als größere Teile der Arbeitslosen von diesen von den Gemeinderegierungen finanzierten und durchgeführten Fürsorgeprogrammen vollständig abhängig wurden (etwa ein Drittel Ende 1931), versuchte die organisierte Arbeiterbewegung die Vorrechte der lokalen Regierungen auszuweiten, während die Vertreter der Industrie verlangten, diese »fiskalisch undisziplinierten« Einheiten zu disziplinieren und vieler ihrer Steuerrechte zu berauben.¹³ Mit der Verschärfung der ökonomischen Krise rief die organisierte Arbeiterbewegung in den meisten Fällen nach mehr staatlicher Hilfe und Intervention, während die Industrie einheitlich gerade die Befreiung der Ökonomie von solchen »politischen« Fesseln verlangte. Für letztere waren die Zwangsschlichtung, die Arbeitslosenversicherung, die Lohn- und Arbeitszeitgesetzgebung und die größten Teile der Staatsausgaben Hindernisse für die Produktion und für die *Wirtschaftspolitik* (im Gegensatz zur *Sozialpolitik*; d.Ü.) - dem einzigen Weg der Nation und der Wirtschaft für eine Erholung. Bevor wir die Konflikte zwischen Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik während der Periode der ökonomischen und politischen Krise genauer untersuchen, wollen wir zunächst die Rolle der Sozialpolitik untersuchen, die diese bei der Vereinheitlichung der ansonsten fragmentierten und fraktionierten Interessen der gesellschaftlich herrschenden Klassen, gerade vor dem Einbruch der ökonomischen Krise gespielt hat.

Die Sozialpolitik

Die herrschende Klasse zerfiel in eine Reihe von Fraktionen mit unterschiedlichen ökonomischen, politischen und ideologischen Interessen. Diese Differenzen können mit dem Begriff Handelspolitik umrissen werden, der in seinem breitesten Sinne eine Abkürzung für die ganze Breite der Differenzen und Konflikte ist, die aus dem Konkurrenzcharakter des Kapitalismus entstehen. Andere Differenzen - zum Beispiel über die Monarchie und die Haltung gegenüber den früheren Königshäusern, über den Einfluß der Kirche auf das Schulwesen, über bestimmte Aspekte der Außenpolitik und einige andere - waren in bezug auf die Produktionssphäre vielleicht weniger bedeutsam, wenn auch von historischer Relevanz. Doch so wie die Erfordernisse der Produktion und die Handelspolitik die herrschenden Fraktionen spalteten, so diente die Sozialpolitik dazu, sie zu einen. Das galt vor allem für die Repräsentanten der Landwirtschaft und der Schwerindustrie; die dynamische Exportindustrie dagegen war, wie wir gesehen haben, eher bereit, mit der organisierten Arbeiterbewegung Kompromisse zu schließen, jedenfalls vor 1929 und in bestimmten Bereichen auch später noch. So erkannte zum Beispiel die DVP-Führung im Jahre 1925, daß »die bestmögliche Handelspolitik sich aus der Zusammenarbeit mit der SPD ergäbe, doch welche Mehrheit fänden wir dann noch für die Steuer- und Finanzpolitik?« (Panzer, 1970, S. 39) Später war es »die Spannung zwischen der SPD und der DVP im Bereich der Sozialgesetzgebung, die den Boden für die größere Bereitschaft der Industrie zum Kompromiß mit der Landwirtschaft bereitete.« (Gessner, 1974, S. 771-772)

Für diejenigen Hersteller, für die Sozialpolitik schlichtweg höhere Kosten und geringere Konkurrenzfähigkeit und Profitabilität bedeutete, war die Sachlage eindeutig. Der SPD war jedoch schon seit langem bewußt gewesen, daß diese Beschränkung nicht für alle Hersteller gleichermaßen zutrifft. Zumindest schon seit 1924 setzte die SPD ihre Unterstützung des freien Handels und der industriellen Expansion dazu ein, Sympathien innerhalb des dynamischen Export- und des nicht-monopolisierten Sektors der deutschen Industrie zu gewinnen. In Bemerkungen, die Cobden oder Bright wohl angestanden hätten, wies Rudolf Hilferding die Forderungen der Landwirtschaft nach Schutzzöllen zurück:

Das Kartelldumping führt zu einer außerordentlichen Verschärfung der internationalen Konkurrenz ... Das Schutzzollsystem des einen Landes fördert und steigert das der anderen Länder. Das Bestreben entsteht, diese verschärfte Konkurrenz durch imperialistische Aneignung und Monopolisierung möglichst großer Teile des Weltmarkts auszuscalten. Die Schutzzollpolitik führt so zu der Gefahr gewaltsamer Auseinandersetzungen, deshalb bildet das Eintreten für den Freihandel einen wesentlichen Bestandteil der Politik eines realistischen Pazifismus. (Hilferding 1924, 129).

Die Silverberg-Stresemann-Severing-Allianz dynamischer Industrieller, liberaler bürgerlicher Politiker und der SPD basierte auf der Erkenntnis der beteiligten Gruppen, daß sie diese Interessen teilten und daß es Raum für Kompromisse gebe. Jede der führenden sozio-ökonomischen Gruppen suchte Verbündete, um dem politischen und ökonomischen Gewicht ihrer Gegner und Konkurrenten Gleichwertiges entgegenzusetzen zu können.

Die Konflikte zwischen den Industriefraktionen und das Fehlen einer eindeutig und unangefochten dominierenden Gruppe schwächten letztlich die politische Kohärenz des Bürgertums und verringerten seine politische Macht. Gleichzeitig verlor das Fehlen solcher Kohärenz der organisierten Arbeiterklasse und ihren Forderungen eine gewisse politische Bedeutung, die sie sonst vielleicht nicht besessen hätten. Die Einheit der herrschenden Klassen-

fraktionen unter der Führung der Schwerindustrie zum Beispiel hätte wahrscheinlich die großen Erfolge Mitte und Ende der zwanziger Jahre unmöglich gemacht.¹⁶ Zur selben Zeit, als Paul Silverberg im Herbst 1926 die Bereitschaft der dynamischen Exportfraktion verkündete, mit der SPD zu kooperieren, unternahm der Langnamverein den Versuch, die herrschenden Klassen - vermutlich unter seiner Führung - zu vereinen. Silverbergs Legitimierung der Sozialpolitik begegnete Paul Reusch, einer der Magnaten aus dem Ruhrgebiet mit der Forderung nach einer »gesunde(n) Wirtschaftspolitik, die es (jedoch) erfordern würde, daß alle produktiven Schichten enger zusammenarbeiten« (zitiert nach BA/ZSg 126).

Diese Epoche in der Geschichte der deutschen Industrie gehörte jedoch dem sogenannten »Wohlfahrts-Professor« Carl Duisberg (dem Führer der IG Farben) und seinen Verbündeten im RDI und den bürgerlichen Parteien; Reuschs Zeit sollte erst später kommen. Die dringlichen Warnungen, die zumindest seit 1925 von Ruhrmagnaten wie Reusch, Albert Vögler und Fritz Thyssen ausgingen, wurden größtenteils ignoriert - vorerst jedenfalls. In jenem Jahr hatte sich eine Gruppe aus ihren Reihen beim Kanzler beklagt über die

brutale Besteuerung und die aufgeblähten öffentlichen Dienste, die zusammen mit der kurzfristigen Lohnpolitik, die durch das voreingenommene und politische Schlichtungssystem gefördert wird, Profitabilität unmöglich machen. Der Arbeitsminister muß dazu gebracht werden, zu erkennen, daß er der gesamten Wirtschaft verantwortlich ist, nicht allein den Arbeitern. ... Unsere Wirtschaft kann sich die Art der Sozialpolitik, die wir haben, nicht leisten. Sie wird zum Zusammenbruch der Wirtschaft führen, falls wir den Zwangseingriffen in die Lohnpolitik nicht ein Ende setzen, die untragbaren Sozialleistungen und Steuern reduzieren und eine damit einhergehende Finanzreform der Reichsregierung und der Kommunalverwaltung durchführen. (zit. n. HA GHH/Nachlaß Reusch 400 101 293 / 13)

Während von Seiten anderer Industrieller wenig explizite Uneinigkeit über diese Position bestanden zu haben scheint, wurden die implizierten programmatischen Empfehlungen doch weitgehend ignoriert. Obwohl die Arbeitgeber-Vereinigung, der RDI, der DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag) und andere Industriegremien sowie die Großgrundbesitzer- und Bauerngruppen im Frühjahr 1928 eine gemeinsame Erklärung abgaben, in der sie verschiedene Erweiterungen der Wohlfahrtsgesetzgebung ablehnten, war die dynamische Industriefraktion noch nicht soweit, die militantere Position der Industriekapitäne von der Ruhr oder die protektionistischen Forderungen der ländlichen Mitunterzeichner zu unterstützen. (vgl. BA/R131-VDESI/217, S.126ff.; DZA/RI.B Vorstand/144, S.98). Die Schwerindustrie und die Agrarier, einschließlich Vertretern der Bauernschaft, erlangten zwar generelle Übereinstimmung, doch war das nicht ausreichend, um die weitere Ausdehnung der Sozialpolitik zu verhindern.¹⁷ Hugenbergs Warnungen, die Gewinne der Arbeiterschaft (und die Reparationen) trieben »die Industrie langsam aber sicher auf den Weg in den Ruin, auf dem sich die Landwirtschaft bereits befindet«, wurden noch nicht ernst genommen; ebenso wenig wie offenbar seine Behauptung, »die Arbeiter (seien) die einzige Gruppe, denen es jetzt (1928) besser geht als 1913« (BA/Nachlaß Hugenberg/151, S.206, 226)

Die Aussperrungen an der Ruhr dauerten über zwei Monate, bis kurz vor Weihnachten 1928. Sie endeten schließlich mit der Revision der Schlichterentscheidung des SPD-Arbeitsministers Rudolf Wissell durch den SPD-Innenminister Carl Severing. Beide Seiten waren nicht glücklich über die Entwicklung, und das Prinzip der Zwangsschlichtung ging aus dem Konflikt nicht unbeschadet hervor. Vertreter der Schwerindustrie erklärten die Situa-

tion für verfahren – die politischen Vertreter der Arbeiterschaft unterstützten die ökonomischen Vertreter der Arbeiter. Die Gewerkschaftsbasis war mit der Einigung, die ihnen nur eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 4 Prozent brachte, einigermaßen unzufrieden; sie hatte sich entschieden mehr von »ihrer eigenen«, gerade gewählten Regierung erwartet, zumal die Industriekartelle bereits Preiserhöhungen verkündet hatten. Dennoch hatten beide Seiten Blut geleckt: die Gewerkschaften hatten die Erfahrung gemacht, daß Erhöhungen von Löhnen und Sozialleistungen auch dann möglich waren, wenn es der betreffenden Branche nicht gut ging, und die Schwerindustrie schloß, daß es möglich war, die geltenden Gesetze im Namen des allgemeinen Interesse zu umgehen (und die Wirtschaft in einige Unordnung zu bringen.) Die Koalition von Gewerkschaften und Exportsektor war jedoch hinreichend intakt, so daß der Reichstag mit überwältigender Mehrheit, einschließlich der Mehrheit der DVP-Stimmen, substantielle öffentliche Mittel für die ausgesperrten Arbeiter bewilligte. Ferner weigerte sich der RDI, der noch immer unter der Führung von Exporteuren und Liberalen stand, die Aussperrung der Arbeiter zu sanktionieren oder zu unterstützen. Allerdings war die Koalition nicht stark genug, um die Eisen- und Stahlindustriellen zu zwingen, die ursprüngliche, korrekt zustande gekommene und staatlich sanktionierte Entscheidung zu akzeptieren; die Regierung mußte ein epizyklisches Einspruchsverfahren entwickeln, das Forderungen nach Schwächung der Autorität des Schlichters und des Schlichtungsprozesses selbst aufnahm. (vgl. Bracher, 1955, S. 199-228; Preller, 1949, S. 399ff.; Hartwich, 1967; Hüllbusch, 1974; Timm, 1952, S. 97-107) Und schließlich wurde auch die erst vier Monate alte Große Koalition von der SPD bis zur DVP geschwächt, während die Spannungen zwischen den »Arbeitgeber-« und den »volksnahen« Flügeln der DVP und der DDP zunahmen.¹⁸

Nach den Aussperrungen und dem Beginn der Wirtschaftskrise wurde den Gewerkschaften klarer, daß sie unbotmäßig zuversichtlich gewesen waren, die Industrie sei bereit, die verschiedenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen der Arbeitsmarktsituation mitzutragen. Die Verwunderung der Gewerkschaften hielt sich deshalb auch in Grenzen, als die meisten Unternehmen 1929 verkündeten, sie seien nicht bereit, ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die ständig weiter in die roten Zahlen geriet, zu erhöhen. (Hüllbusch, 1967, S. 136) Nach dem Wahlsieg der SPD und nur etwa ein Jahr, nachdem das Arbeitslosenversicherungsgesetz verabschiedet worden war, begannen Gewerkschaftsführer im ADGB ein politisch-ökonomisches Konzept zu formulieren, das ihnen eine Erweiterung und Ausdehnung der sozialpolitischen Prinzipien gestatten würde. Möglicherweise als Ergänzung zu Hilferdings Konzept des »organisierten Kapitalismus« entwarfen Fritz Naphtali, Wladimir Woytinsky und andere, zum Teil auf Grundlage der Theorien der Austro-Marxisten wie Max Adler, ein Programm der *Wirtschaftsdemokratie*. Dieses neue Ziel lag, wie schon das vorhergehende, irgendwo im Nebel zwischen der Tragödie des Sozialismus und der Farce der Arbeiterpartizipation oder Mitbestimmung¹⁹; beide argumentierten, der Kapitalismus müsse biegsam gemacht werden, bevor er gebrochen werden könne. Eine entscheidende Schwäche dieser Konzeption der Wirtschaftsdemokratie war ihr Ökonomismus; Ökonomismus zu einer Zeit, als die herrschenden Klassen sogar die wirtschaftlichen Aspekte ihres Kampfes gegen die organisierte Arbeiterbewegung politisierten. (Poulantzas, 1970, S. 150-151) Die SPD und die Gewerkschaften beharrten darauf, zu einer Zeit ökonomische Forderungen aufzustellen, in der die Politik an erster Stelle hätte stehen müssen. Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie fußte auf einer eher statischen Auffassung von der Beziehung zwischen politischer Demokratie und dem Privateigentum an Produktionsmit-

tel. Die Arbeiterklasse sollte sich des neutralen Staates bedienen, um sicherzustellen, daß wichtige wirtschaftliche Entscheidungen im Interesse des Gemeinwohls getroffen würden. In der Praxis bedeutete dies Vereinbarungen an der Spitze zwischen den Repräsentanten der Industrie, der Gewerkschaften und des Staates. Was wiederum die Unterdrückung der Bewegungen an der Basis und das irreversible Bekenntnis zur Planung als dem entscheidenden Instrument auf dem Weg zum Sozialismus notwendig machte (Abraham 1981, Kapitel 5).

Durch den Rückgang im internationalen Handel, durch den die dynamische Fraktion aus ihrer Führungsrolle in der Industrie verdrängt wurde, veränderte sich das Kräfteverhältnis innerhalb des Industrielagers schließlich zugunsten entschlossener Oppositionen gegen die Sozialpolitik. Es war symbolisch, daß im Jahre 1930 der Mann des Stahls, Gustav Krupp, den Chemiker und »Wohlfahrtsprofessor« Carl Duisberg als Präsident des RDI ersetzte. Doch das war nur der letzte Schlag, vorausgegangen war eine kombinierte politische und ökonomische Entwicklung von größter Bedeutung: der Wahlsieg der SPD von 1928 und die folgende ökonomische und ideologische Mini-Offensive der Gewerkschaften. Die erste offene Konfrontation waren die Ruhr-Aussperrung vom Oktober 1928, mit denen die Eisen- und Stahlindustriellen erheblich erhöhte Lohnforderungen verhindern und gleichzeitig dem staatlichen Schlichtungsverfahren einen Schlag versetzen wollten. Der Ablauf der Ereignisse und die Auseinandersetzungen, die sie hervorbrachten, sind woanders detailliert behandelt worden (vgl. Schneider, 1975b, S.75-84; Abraham, 1981, Kapitel 3); wir wollen hier die Offensive der Schwerindustrie hervorheben.

Reichert hatte unablässig betont, daß die Stahlindustrie die Zwangsschlichtung nicht allein der Ergebnisse wegen ablehnte, sondern auch, »weil sie den Unternehmer des Rechts beraubt, über das zu verfügen, was sein ist.« (BA/R131I-VDESI/217, S.6; vgl./68, S.57) Die Aussicht, daß nun ein Arbeitsminister von der SPD die Ergebnisse der Schlichtungsverfahren bestimmen sollte, war entschieden zuviel. Die Produzenten im Ruhrgebiet waren gewillt, als Teil eines Präventivschlages gegen die Gewerkschaften, den neuen SPD-Kanzler und die Minister für Arbeit, Finanzen und Inneres 75 Prozent der deutschen Ferroproduktion stillzulegen. Den Stahlproduzenten war es nicht einmal unter der bürgerlichen Regierung von 1927 (mit dem exportorientierten Wirtschaftsminister Julius Curtius von der DVP) gut gegangen: Das System der drei Acht-Stunden-Schichten bei ungekürzten Löhnen war ihnen zu einer Zeit aufgezwungen worden, zu der »(wir) weder unsere Güter verkaufen (können) noch Profit machen.«

Ein Bericht des RDI von 1929 über die wirtschaftliche Lage warf den Gewerkschaften vor, an die Grenze der Belastbarkeit der deutschen Industrie vorzustoßen. Ohne selbst die Aussperrungsstrategie zu unterstützen, argumentierten die Verfasser, die Profitraten seien auf 4 Prozent, die Hälfte des Vorkriegsniveaus, gefallen, und »wenn Kapitalakkumulation praktisch unmöglich wird, wenn der Anteil der Arbeiter an den Einnahmen zu groß wird und wenn die Steuern höher als die Profite sind, muß das Kapital einfach jedes Interesse am Produzieren verlieren.« (RDI, 1929b, S.8)

Was immer Wirtschaftsdemokratie für ihre Unterstützer bedeutet haben mag, für die Industriellen bedeutete sie scharlatanischen Wahnsinn, schleichenden Sozialismus, dem man sich entschieden und schnell entgegenstellen müsse. So fühlte sich August Weber, ein liberaler Industrieller, der die Große Koalition unterstützte, zu folgender Erklärung genötigt:

Wir müssen uns dem Plan, den Sozialismus durch Demokratisierung der Wirtschaft zu erreichen, entgegenstellen. ... Die politische Demokratie hat nicht zur Auswahl der Besten und Fähigsten ge-

führt; noch weniger ist dies in der Wirtschaftsdemokratie zu erwarten. ... Jede Sozialpolitik muß ihre Grenzen an der Produktivität der Wirtschaft finden, und höhere Produktivität kann nicht durch Wirtschaftsdemokratie erreicht werden. ... Eine »gemischte Wirtschaft« kann es nicht geben ... öffentliche Zwangsinitiativen und -unternehmungen sind wie Sand im Getriebe einer Maschine. (RDI, 1929; vgl. Schneider, 1975b, S. 85-92, 156-162)

Ein Jahr zuvor hatte Ludwig Kastl, ein Vorsitzender des RDI und ebenfalls ein liberaler Befürworter der Großen Koalition, bemerkt, es sei »grotesk, daß mehr als dreiviertel aller Deutschen sozialversichert sind, daß der staatliche Sozialhaushalt sich seit 1913 vervierfacht hat, daß die Zwangsschlichtung regiert und daß die produktive Wirtschaft in eine demokratische Angelegenheit verwandelt werden soll.« (RDI, 1928, S. 18-20) Andere entschieden liberale Industrielle, Mitglieder der DDP und Vertreter der dynamischen Exportfraktion, Männer wie Robert Bosch, Ernst Leitz und Max Levy, argumentierten, die »Wirtschaftsdemokratie« dränge die Unternehmer in die Ecke: »Die Vorschläge würden den Unternehmer jeder Bewegungsfreiheit berauben und ihn entweder in die Passivität oder zu reaktionären Tendenzen führen!« (BA/Nachlaß Dietrich/228, S. 161)²⁰

Das Zentrum der Gegensätze war erreicht, die zentrale Auseinandersetzung schloß sich an. Die Bestrebungen der Gewerkschaften, die im politischen Bereich geschaffenen Verhältnisse nun auch auf die Wirtschaft zu übertragen, waren weit mehr, als jede Kapitalfraktion bereit war zu akzeptieren, auch wenn die Wirtschaftslage besser gewesen wäre, als sie es tatsächlich war. Die Ergänzung der politischen durch wirtschaftliche Demokratie hätte die grundlegende Veränderung der kapitalistischen Produktionsweise und eine radikale Bedrohung der herrschenden Klassen bedeutet. Fritz Tarnow konnte zwar behaupten, der Kapitalismus sei dehnbar und biegsam, er könne verändert werden, ohne gleich vollständig »umgewendet« zu werden und daß »planvolle Leitung der Wirtschaft im Interesse der Öffentlichkeit« ein erreichbares Ziel sei, »sogar bevor sich die politische Macht zu einhundert Prozent in unseren Händen befindet« (Hüllbusch, 1967, S. 134-135; Gates, 1974, S. 217-221), doch an diesem Wendepunkt deutscher Geschichte erwies sich seine Aussage als Aufforderung zur Unterhöhlung der politischen Demokratie, wenn nicht gar zur ausgewachsenen Konterrevolution. Denn sogar das Bekenntnis zur politischen Demokratie war bei einigen zentralen sozialen und politischen Kräften der Weimarer Republik nur schwach ausgeprägt.

In ihren kühnsten Vorstellungen sahen die Befürworter der Wirtschaftsdemokratie gleichzeitige und interdependente Fortschritte im ökonomischen wie im politischen Bereich voraus; das war die alte Partnerschaft zwischen Gewerkschaften und Partei, doch die Position der SPD als Partner in der Großen Koalition ließ eine derart offensive Strategie nie zu. Darüberhinaus war die Strategie selbst eingezwängt in jenen ökonomischen Reformismus der 2. Internationale, der die Bedeutung des politischen Kampfes unterbewertete (vgl. Poulantzas, 1970, S. 34-55, 241-253).²¹ Die Rolle der SPD war sogar so weit reduziert, daß die Stärke der Partei an ihrer Fähigkeit gemessen wurde, ökonomische Gewinne legislativ durchzusetzen, und, schlimmer noch, ihre Legitimation innerhalb der Arbeiterklasse (sogar einschließlich einiger der ADGB-Führer) hing an ihrer Fähigkeit, ökonomische Gewinne militant und erfolgreich zu verteidigen! Ein zwar nicht geneigter, aber aufmerksamer Beobachter wie Reuschs Assistent Martin Blank konnte die Situation mühelos auf einen Nenner bringen: »Nicht allein die Gewerkschaften, die SPD selbst steht oder fällt mit dem Schicksal der Arbeitslosen-Versicherung.« (HAGHH/Nachlaß Reusch 400 101 293/9)

Und sie fiel. Allerdings blieb der Partei kaum eine andere Wahl, als die kurzfristigen ökonomischen Interessen der Arbeiter zu verteidigen, da sie kein Programm für die fundamentale Veränderung der politischen und sozialen Verhältnisse in der Gesellschaft hatte, auf dessen Grundlage sie die Arbeiterklasse zu ökonomischen Opfern hätte aufrufen können. Und so mußte die SPD weniger als neun Monate nach der Voraussage Blanks die von ihr geführte Regierung verlassen, anstatt Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung hinzunehmen. Hilferding jedenfalls bedauerte diese Entscheidung später und stellte fest, daß »(wir) um dreißig Pfennig für die Arbeitslosen und die Gewerkschaften willen der Aufgabe der Republik und der Demokratie Vorschub leisteten ... der einzige Rahmen, in dem der Sozialismus je erreicht werden könnte.« (Timm, 1952, S.160, 204; Abraham, 1980, Kapitel 6). Mit dem nach 1929 stagnierenden und später abnehmenden Umfang des deutschen Wirtschaftskuchens bemühten sich die Fraktionen der herrschenden Klasse um Einheit auf der Grundlage eines politischen und ökonomischen Programms, das unter anderem auf den Abbau der proletarischen Gewinne abzielte. Die politische Stoßrichtung des Programmes zielte auf die Unterminierung der Großen Koalition, die auf der Allianz von organisierter Arbeiterbewegung und dynamischer Exportfraktion der Industrie beruhte. Die ökonomische Stoßrichtung manifestierte sich in einem politischen und Arbeitsmarktkampf um die Steigerung der Profitabilität auf Kosten der Arbeiterschaft und jener staatlichen Programme, die den Arbeitern von Nutzen waren. Die fortwährenden Forderungen der Industrie nach »Elastizität« anstelle von »Rigidität« bei den Tarifverhandlungen waren ein Angriff auf die »politischen Löhne« und die Arbeitsbeziehungen, und zwar nicht allein jene, die aus staatlicher Schlichtung hervorgegangen waren, sondern auch auf die in der Gesetzgebung und den Staatsausgaben direkt verankerten (vgl. Schneider, 1975b, S. 119-142). Der Anteil des Sozialprodukts, der der Arbeiterklasse zukam, sollte verringert und gleichzeitig ihr Anteil an den Folgelasten des Weltkrieges vergrößert werden. Die massive Arbeitslosigkeit wurde nun zur Triebfeder der Wirtschaftspolitik, wie vorher die bedeutenden Kredite aus dem Ausland zum Motor der Sozialpolitik geworden waren; und in beiden Fällen waren die politischen Koalitionen unmittelbar betroffen. Das RDI-Memorandum vom Dezember 1929, »Aufstieg oder Niedergang«, leitete die Generaloffensive des Kapitals ein, eine Offensive, die die Schwerindustrie ihrerseits bereits etwas voreilig mit den Aussperrungen an der Ruhr im Jahr zuvor einzuleiten sich bemüht hatte. Der Zusammenbruch der Großen Koalition im März 1930 - scheinbar wegen der Differenzen über die Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung - war ein entscheidender Schritt in dieser Offensive. Die weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage und die veränderten politischen Bedingungen verliehen der Generaloffensive des Kapitals zusätzlichen Schwung, und die Patina des neutralen Staates über den Klassen, der dennoch alle Klassen repräsentiert, schmolz ganz einfach dahin (vgl. Preller, 1949, S.514; Hartwich, 1967, S.373-384)

Die Durchsetzung des Programms der Industrie

Die organisierte Arbeiterbewegung und die SPD hatten die Ruhr-Aussperrungen mit Erfolg als Affront gegen das allgemeine nationale Wohl brandmarken können, doch gelang es ihnen dann nicht mehr, die politische, ideologische und ökonomische Generaloffensive des Kapitals vom Spätherbst 1929 zu stoppen oder zu spalten. Der von oben begonnene offene Klassenkonflikt und der Führungswechsel innerhalb der Industrie von der dynamischen

Export- zur schwerindustriellen Inlandfraktion scheinen die SPD überrascht zu haben (Abraham, 1981, Kapitel 3).

Die Frage lag auf der Hand, ob die demokratische Republik in der Lage sein würde, die Profitabilität, alias »eine gesunde Wirtschaft«, wiederherzustellen. Die Entparlamentarisierung des politischen Lebens, die Schwächung der Gewerkschaften und die innere Dynamik der Wirtschaftskrise wirkten gemeinsam als Haupttriebkkräfte bei der Demontage der ökonomischen Gewinne der organisierten Arbeiterbewegung und des gesamten Gebäudes der Sozialpolitik. Letztendlich strebte das Kapital mit seiner Offensive eine Kontrolle der staatlichen Mechanismen an, die ausreichte, um die eigenen ökonomischen Forderungen durchzusetzen, und die umfassend genug war, um die divergierenden Interessen seiner drei Hauptfraktionen unter einen Hut zu bringen - ohne dieses Ziel jedoch zu erreichen.²³ Die politischen Alternativen, denen sich die Industriellen dann gegenübersehen, waren nicht (unmittelbar) von ihnen selbst entworfen; subjektiv fühlten sie sich oft sogar unfähig, die politischen Entwicklungen zu meistern, doch im wesentlichen konnten sie von der Krise guten Gebrauch machen.

Die staatliche Finanz- und Sozialpolitik bis Mitte der dreißiger Jahre behinderte die Umverteilung des Sozialproduktes zugunsten des Kapitals. Der Angriff auf das staatliche Schlichtungssystem hatte seine Ursachen sowohl in den praktischen Schlichtungsergebnissen als auch in der Überzeugung, es stelle eine inakzeptable Einschränkung der unternehmerischen Rechte dar. Deshalb besänftigte die Wende im Schlichtungswesen durch die Entscheidung von Oeynhausen im Juni 1930, die eine zehnprozentige Lohnkürzung verordnete, die Industriellen zwar, veränderte jedoch nicht ihre grundlegende Einstellung. Die Industrie lehnte - wie auch die Landwirtschaft - jede substantielle Arbeitslosen- und Sozialversicherung ab, und zwar nicht allein wegen dem prinzipiellen Streben nach einem ausgeglichenen Staatshaushalt und auch nicht wegen der mangelnden Bereitschaft, ihre Beiträge zu den Fonds aufrecht zu erhalten, geschweige denn, zu erhöhen. Diese Programme wurden vielmehr vor allem unterminiert, weil sie eine Untergrenze für die Löhne setzten; sie störten das »normale« Lohn- und Beschäftigungsmuster in einer Periode massiver Deflation (Preller, 1949, S.516; vgl. BA/R13I-VDESI/230). Der Zusammenbruch der Großen Koalition beraubte die organisierte Arbeiterbewegung der politischen Kraft, die nötig gewesen wäre, um diese Programme zu retten. Womit nicht gesagt sein soll, daß die verschiedenen sozialen Programme in substantiell größerem Maße erhalten geblieben wären, wäre die Große Koalition nicht zu dem Zeitpunkt und wäre sie anders auseinander gebrochen; es wäre nicht ausgeschlossen gewesen, daß die SPD über den Abbau gewacht hätte. Allerdings wäre dies einer Partei, deren Daseinsberechtigung sich weitgehend auf die Verteidigung von Tagesinteressen der organisierten Arbeiterklasse, wie sie hauptsächlich von den Gewerkschaften definiert wurden, reduziert hatte, äußerst schwer gefallen. Aus eben diesem Grund ließ, wie wir gesehen haben, die SPD die Große Koalition auseinanderfallen, anstatt zu versuchen, die Kompromisse und Konzessionen zu machen, die es ihr und der parlamentarischen Regierung ermöglicht hätten, weiterzuarbeiten (Timm, 1952, S.178-208; Hüllbusch, 1967, S.138-145; Bracher, 1955, S.287-303).²⁴

Die der Großen Koalition nachfolgende Regierung unter Brüning blieb allerdings aufgrund der Wahlergebnisse vom September 1930 selbst von der Toleranz der SPD abhängig. Folglich war die SPD wegen der Abhängigkeit Brünings von ihr in der Lage, indirekt am Abbau der Sozialprogramme mitzuwirken, während sie gleichzeitig eine nicht unerhebliche Bremsfunktion ausübte, die sowohl die Demontage in Grenzen hielt als auch langsam das

Vertrauen des Kapitals in Brüning's Fähigkeit, die Angelegenheit zu erledigen, unterhöhlte. Den Repräsentanten des Kapitals war es jedoch schon bedeutsam genug gewesen, die SPD aus der Koalitionsregierung zu entfernen, so daß Brüning nur knappe vier Monate später eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung anordnen konnte, die jene noch überstieg, an der die Große Koalition angeblich gescheitert war (Preller, 1949, S. 518). Sicher gab es unter Brüning andere fiskalische, soziale und politische Maßnahmen, die, wie wir sehen werden, dies mehr als kompensierten, doch unterschreiben solch offensichtliche Ungereimtheiten das Primat der Zufälligkeit in der Politik. Und schließlich verlor die SPD durch ihre halb-verantwortliche Haltung Wähler an die KPD, während die führenden bürgerlichen Parteien durch ihre engstirnige und anti-soziale Einstellung an Unterstützung gegenüber den Nazis einbüßten.²⁵

Kraß, wenn auch nur wenig übertrieben gesagt, spielte die KPD zwischen 1924 und 1930 keine wichtige Rolle in der deutschen Politik. Die Partei hatte mit sowjetischer Hilfe im Laufe ihrer Putsch-Fiaskos im Jahre 1923 ihre Organisation und ihr Ansehen vollständig ruiniert, und 1924 bekam sie bei den Wahlen nur noch 9,1 Prozent der Stimmen. Im Zuge eines allgemeinen Linksrutsches im Jahre 1928 (als die SPD 30 Prozent erreichte) bekam die KPD bei der Wahl 10,7 Prozent. Natürlich ersparten weder die Sozialdemokraten noch die Kapitalisten den Kommunisten ihre giftigen Angriffe, und beide bedienten sich ausgiebig der Angst vor der roten Gefahr. Dennoch stellte die KPD in diesen Jahren keine ernstzunehmende Kraft dar, weder in der Arbeiterbewegung noch in der größeren politischen Arena; ihre Präsenz überstieg bei weitem ihre Stärke. Erst als die Große Koalition zu wanken begann, und aus den hier ausgebreiteten Gründen, verlor die SPD einige Unterstützung in der Arbeiterschaft an die KPD. So fiel dann auch der Stimmenanteil der SPD bei den Wahlen vom September 1930 auf 24,6 Prozent, während der KPD-Anteil auf 13,1 Prozent stieg. Aber erst mit der massiven Not und Radikalisierung Ende 1932 wurden die Kommunisten zu einem Machtfaktor, als sie im November 1932 in schwersten politischen Krisenzeiten, als die Macht möglicherweise auf der Straße lag, 17 Prozent der Stimmen gewannen. In den Jahren politischer Stabilität (1924-1930) hatten weder die KPD, noch die kommunistischen Splittergewerkschaften (die in den meisten Branchen aufgegeben worden waren), noch die kommunistischen Gruppen in den allgemeinen (sozialdemokratisch beherrschten) Gewerkschaften irgendwelche Forderungen vorgetragen, die sich qualitativ von denen der Sozialdemokraten unterschieden (vgl. Flechtheim, 1969, Kapitel 3 bis 6). Das theoretische Postulat von dem unausweichlichen Zusammenbruch des Kapitalismus wurde mehr als überschattet durch die strategische Analyse der Partei (und der Komintern), daß der Kapitalismus sich gerade in einer Phase der Restabilisierung befinde. Folglich ähnelten die sozialpolitischen Forderungen, Ziele und Reaktionen der Kommunisten stark denen der Sozialdemokraten und waren, vom Standpunkt der deutschen Kapitalisten aus betrachtet, wenig bedrohlich. von Miquel von der Grundbesitzer-Vereinigung erfaßte dies sehr genau und drückte es 1930 in einem Brief an Reusch mit charakteristischer aristokratischer Direktheit aus:

»Was wir fürchten (müssen) ist der Sieg der Sozialdemokratie. Nicht den Sieg des lauten, planlosen Bolschewismus, der keine Bedrohung darstellt und ohnehin eine rasche Reaktion herbeiführen würde. Vielmehr den Sieg einer spezifisch deutschen, spießigen Wohlfahrtsdemokratie, die erst ihr Ende trafe, nachdem sie das Privatkapital vollständig weggesteuert und für die Sozialfürsorge ausgegeben hätte.« (HA GHH/Nachlaß Reusch 400 101 24/2)

Als Brüning während des Jahres 1931 bemüht war, Ausgaben in allen Bereichen zu streichen, verkündete er mit der Unterstützung der Gewerkschaften und der kleineren Unternehmen in der Export- und der verarbeitenden Industrie ein gemäßigtes Programm, um die Kartelle und Monopole in der Schwerindustrie zu Preissenkungen zu veranlassen. Viele Industrielle in der Exportwirtschaft und den verarbeitenden Branchen unterstützten diese Initiative als eine wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung, doch die verstärkt dominierende Industriefraktion wies die Behauptung zurück, die Kontrolle des Marktes durch Produzenten-Zusammenschlüsse sei für alles verantwortlich zu machen. Laut Walther Hillmann war nur eine Art des Zusammenschlusses von Übel:

»Nicht das private Unternehmertum hat versagt; vielmehr haben das Versailler Diktat und der sozialistische Einfluß all die Belastungen geschaffen, unter denen wir leiden. Nicht unsere Kartelle, sondern die Belastungen durch Löhne und Sozialleistungen haben die Kosten so ansteigen lassen; das größte Kartell ist das Lohnkartell (die Gewerkschaften)« (BA/R13III-LMV/1280). Neben dem Lohnkartell der Gewerkschaften bestand auch weiterhin das Ausgabenkartell des Staates, welches, laut Silverberg im Juli 1931, »noch immer der sozialistischen Ideologie folgend, ein schlecht geleitetes Organ ist, das zwar von uns abhängig, aber dennoch gewillt ist, uns verrecken zu lassen, während es weiter Geld ausgibt.« (BA/Nachlaß Silverberg/32, S.8)

Für die entschlossenen Industriellen waren Brünings Maßnahmen nichts als halbe Sachen, die einem zwar den Mund wässrig werden ließen, indem sie in die richtige Richtung wiesen, jedoch die Löhne und Sozialleistungen nicht so gründlich reduzierten, wie es möglich gewesen wäre.

Jene Sprecher der Schwerindustrie, die von Beginn an weniger Geduld mit Brünings Tempo gehabt hatten, wurden bis Mitte 1931 vollends ernüchert. Eine Gruppe von Ruhr-Industriellen drückte in einem Brief vom 8. August 1931 an den Kanzler ihre Überzeugung aus, daß sich nicht viel geändert habe:

Ebenso wie die Gläubiger-Länder unsere Zahlungsfähigkeit nicht in Betracht ziehen, werden wir Unternehmer zu Haus behandelt. Die Reparationen und die Extravaganz der öffentlichen Ausgaben lasten auch weiterhin auf uns. ... Wir haben keine Chance, Profite zu machen, und was wir verdient haben, wurde uns wegbesteuert. Wir bringen die größten Opfer und werden im Gegenzug für die Fehler anderer angegriffen und geschmäht. ... »Selbsthilfe« und »Privatinitiative« sagen Sie, aber die gegenwärtige Wirtschaftspolitik ist schlimmer als eine Planwirtschaft: Unsere Auslagen liegen durch hohe Steuern, Sozialkosten und erzwungene Löhne fest, während unser Einkommen niedrig gehalten wird. ... Wenn uns Konkurrenzfähigkeit, Kapitalakkumulation und Profitabilität gestattet wird, könnte unsere politische und internationale Existenz aufblühen. Doch müßte die staatliche Verwaltung auf allen Ebenen reformiert werden, und alle kollektivistischen und Zwangsmaßnahmen (Schlichtung, hohe Löhne, Arbeitszeitgesetzgebung, Sozialversicherung, öffentlicher Wohnungsbau etc.) ... müßten mit weit höherem Tempo beseitigt werden (HA GHH/Nachlaß Reusch 400101293/11)

Diese Meinung wurde dann in eine »Gemeinsame Erklärung der deutschen Wirtschaftsvereinigungen« aufgenommen, die im Oktober 1931 von Brüning verlangte, »diese Notlage zu überwinden, und nicht zu verwalten.« (BA/ZSg 289/Hansa Bund, 30. September 1931, 8. Oktober 1931)

Unmittelbar vor seiner Entlassung Ende Mai 1932 erhielt Brüning eine längere *aide mémoire* von Kastl vom RDI, die sowohl die unzweideutigen und größtenteils unerfüllten sozial- und finanzpolitischen Forderungen der Industrie aufzeigte, als auch ihr eigenes Dilemma bei der Formulierung der übrigen Bestandteile eines Programmes zur Überwindung der

deutschen Wirtschaftsprobleme offenbarte. In bezug auf ersteres war dies nicht mehr derselbe Kastl, der als Sprecher der dynamischen Exportfraktion zwei Jahre zuvor die Sozialpolitik als eine »Versicherungsprämie gegen den Bolschewismus« bezeichnet hatte. Als Sprecher für einen veränderten RDI, in dem nun die Schwerindustrie-Fraktion die Oberhand hatte, verlangte er volle Bewegungsfreiheit für die Wirtschaft: keine staatliche Rolle bei den Tarifverhandlungen, keinerlei Schlichtung; stattdessen: »Wer arbeiten will, sollte die Möglichkeit haben, seine freie Arbeit auf einem freien Markt zu verkaufen.« Ferner sollten Steuer- und Zolleinnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft verwendet werden; Sozialleistungen und staatliche Verwaltungsausgaben müssen weiter gekürzt werden. Reichsregierung und örtliche Verwaltungen müssen fiskalisch verantwortlich und ihre Haushalte ohne Steuererhöhungen ausgeglichen werden. Mit knappen Worten schrieb Kastl am 14. Mai 1932: »Die Kapitalakkumulation muß angeregt und alle dem Kapital schädlichen Maßnahmen müssen in jeglichem Bereich vermieden werden.« (BA/Nachlaß Kastl/5) Zweieinhalb Jahre unermüdlicher Forcierung dieser selben Forderungen sprechen sowohl eine beredte Sprache von der herausragenden Bedeutung, die sie im Bewußtsein der Industriellen einnahmen, als auch von Brünings Unzulänglichkeiten - oder den Unzulänglichkeiten des semiparlamentarischen Regierungssystems.

Doch so klar das Industrieprogramm in bezug auf die Arbeiter war, so unklar war es in bezug auf die Industrie selbst. Die herrschenden Klassen hatten sich von einem Programm der Kooptierung der Arbeiterklasse einem Programm der Unterdrückung proletarischer Interessen zugewandt, doch noch immer waren sie sich nicht einig, wie ihre eigenen Interessen miteinander zu vereinbaren seien. In diesem Bereich offenbarte Kastls Memorandum eine wachsende Feindschaft gegenüber den autarkistischen Forderungen der Agrarier und ein unbeholfenes Interesse an imperialistischer Expansion, doch gab es nur karge Andeutungen eines positiven Programms. Eine echte wirtschaftliche Erholung sei nur im internationalen Kontext möglich, denn »wenn die Reparationen zu zahlen sind, dann müssen die anderen Länder auch unsere Exporte akzeptieren und fördern.« Ferner seien die Einfuhrbeschränkungen symptomatisch für die ungenügende Aufmerksamkeit, die der Exportindustrie gewidmet werde. Deutschland habe sich mit seinen Zollerhöhungen selbst geschadet, und Kastl fühlte sich veranlaßt, die Regierung daran zu erinnern, daß »die Handelspolitik nicht zum Vorteil der Landwirtschaft existiert«; die Produktion könne nur durch erweiterte Exportmärkte und erhöhte Konkurrenzfähigkeit verstärkt werden (BA/Nachlaß Kastl/5).

Da die festgefahrene politische Situation zwischen 1930 und 1932 nicht zuließ, die Gewinne der Arbeiter gänzlich zurückzuschrauben, (und in den übrigen Sachfragen keine Einigung innerhalb des Kapitallagers erreicht werden konnte), versuchten Vertreter beider Industriefraktionen, Kapital aus der Schwächung der Gewerkschaften infolge der hohen Arbeitslosigkeit zu schlagen, indem sie ihnen Separatfrieden vorschlugen. Weil die SPD in der legislativen Arena erfolgreicher blieb als die Gewerkschaften in der ökonomischen Arena, versuchten Industrielle direkt mit Gewerkschaftsvertretern zu verhandeln und die politische Vermittlung durch die SPD zu umgehen. Sollte sie Erfolg haben, versprach diese Strategie doppelten Ertrag: Einerseits würden Zugeständnisse am Arbeitsplatz gewonnen werden, andererseits würde die Wählerbasis und die Moral der SPD geschwächt werden. Schon im Januar 1930 hatte niemand anderes als Duisberg auf diese Strategie angespielt, als er nach der Feststellung, »Massenkonsumentions-Theorien mögen im reichen autarken Amerika vielleicht funktionieren, jedoch nicht bei uns«, klagend fortfuhr, daß »unglücklicher-

weise die Arbeiterorganisationen keine reinen Interessenvertreter, sondern vielmehr an eine Partei gebundene Vereinigungen sind.« (RDI, 1930, S.43) Seit ungefähr dieser Zeit bis zum kurzen Schleicher-Zwischenspiel waren Versuche, die Gewerkschaften von der SPD (und von einander) abzuspalten, Hauptbestandteile der Gewerkschaftspolitik der Industrie. Wie oben gesagt, trug der militante Standpunkt des ADGB in der Frage der Arbeitslosenversicherung Ende 1929 und Anfang 1930 erheblich zu der Position bei, die von der SPD bezogen wurde, und damit zum Fall der Großen Koalition. Diese Weigerung/Unfähigkeit, den Kompromiß zu suchen, war ein herausragendes Beispiel dafür, wie die SPD einerseits zur Gefangenen ihres Ökonomismus geworden war und wie andererseits die reformistische Militanz der Arbeiterbewegung die politischen Widersacher der Republik nährte. Die Sozialpolitik war nicht allein zum Lackmuse für Regierungen geworden, sondern zum Ende der Politik selbst.²⁶ Ob der ADGB seine Haltung nun später bereute, oder bereuen sollte (vgl. Hüllbusch, 1967, S. 145; Vogt, 1974, S. 452-458), oder nicht, es ist unleugbar, daß die organisierte Arbeiterbewegung durch den Austritt der SPD aus der Regierung geschwächt wurde, insbesondere da die wirtschaftliche Lage sich weiter verschlechterte und nicht, wie erwartet, verbesserte.

Wie die Tabellen 1 und 2 zeigten, blieben die Gewerkschaften erfolgreich genug bei der Verteidigung der hohen Produktionskosten, daß es der Industrie noch immer erstrebenswert erschien, einen Separatfrieden mit ihnen auszuhandeln, zumal dieser Weg greifbarere Resultate versprach, als der von der SPD behinderte Brüning sie zu liefern in der Lage war. Dieser Aspekt des Klassenkonfliktes nahm die Form von Privatverhandlungen an, die darauf abzielten, allgemeine Übereinstimmung zu erreichen. Natürlich schloß das militantere Aktionen keineswegs aus, wie jene von Reusch im Juli 1931 vorgeschlagenen Maßnahmen, die den Einfluß der SPD und der Gewerkschaften am Arbeitsplatz brechen und die alte Herr-im-Hause-Disziplin in der Fabrik wiederherstellen sollten (HA GHH/Nachlaß Reusch 400101293/11; vgl. BA/R431/2546, S.400). Mitte 1930 wandten sich Hans von Raumer und Hermann Bücher vom RDI an Fritz Tarnow und Theodor Leipart vom ADGB, um »gemeinsame Strategien zur Überwindung der Wirtschaftskrise« zu diskutieren. Raumer und Bücher gehörten zur dynamischen Exportfraktion der Industrie und galten als zwei der gesellschaftlich fortschrittlichsten Industriellen. Die vier kamen einer gemeinsamen Erklärung über die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die möglicherweise die Arbeitsgemeinschaften der Nachkriegszeit wiederbelebt hätte, sehr nahe, doch im letzten Moment scheiterten die Gespräche. Raumer führte das Scheitern auf den »Druck der sich fortwährend verschlechternden (wirtschaftlichen) Lage« zurück, doch weisen spätere Forschungen darauf hin, daß Vertreter der Schwerindustrie die Gespräche sabotierten, weil sie fürchteten, die Sprecher der Exportfraktion könnten allzu generöse Kompromisse eingehen (Raumer, 1954, S. 434; vgl. Hüllbusch, 1967, S. 146; Döhn, 1970, S. 158).

Ein Mitarbeiter Raumers, Hans Krämer, verteidigte 1931 die Verhandlungen mit den Gewerkschaften unter Umgehung der SPD: »Gerade jetzt sind die Gewerkschaften verhältnismäßig vernünftig, und durch Verhandlungen mit ihnen ist etwas zu erreichen; auf der anderen Seite scheinen die sozialdemokratischen Führer unverbesserlich zu sein.« (HA GHH/Nachlaß Reusch 40010124/1) In Verhandlungen, die von Brüning und seinem Arbeitsminister Adam Steigerwald gefördert wurden, arbeiteten Vertreter des RDI und des ADGB an einer gemeinsamen Erklärung über die Überwindung der Wirtschaftskrise, die zunächst Reichspräsident von Hindenburg und danach der Öffentlichkeit vorgelegt werden sollte. Obwohl beide Seiten Zugeständnisse machten, scheiterten die Gespräche an der

Frage, ob zunächst die Produktionskosten oder die Preise gesenkt werden sollten. Auch diese Initiative wurde von Führern der Schwerindustrie von der Ruhr torpediert, die vom ADGB verlangten, daß er sich öffentlich von der Zwangsschlichtung abwende und anerkenne, daß die Rückkehr zum kapitalistischen System unablässig für die Gesundung der Wirtschaft als Ganzem sei (Wengst, 1977, S. 103f.). Die liberale Industriefraktion unterstützte auch weiterhin sowohl Brüning als auch weitere Verhandlungen mit den Gewerkschaften, doch erwies es sich als zunehmend unwahrscheinlich, daß die Schwerindustrie ihr auch nur in einem der beiden Gebiete folgen würde (Abraham, 1981, Kapitel 3). Während die dynamische Fraktion auch weiterhin begrenzte Kompromisse mit den Gewerkschaften als den besten Weg ansah, die Arbeiterschaft zu entpolitisieren und gemeinsame Wirtschaftsplanung zu ermöglichen, verlangte die Schwerindustriefraktion zuerst die endgültige Niederlage der organisierten Arbeiterbewegung, und dann erst Verhandlungen:

Die Gewerkschaften sind jetzt (Juni 1930) noch immer zu stark für Verhandlungen. Zuerst müssen wir im ganzen Land eine harte Konfrontationsstrategie in allen Fragen verfolgen; wir müssen durchhalten. Wir müssen eine Situation schaffen, in der die Arbeiter sich enttäuscht von ihren politischen und gewerkschaftlichen Führern abwenden (Wengst, 1977, S. 107; HA GHH/Nachlaß Reusch 400101293/10b).²⁷

Die »Synthese« dieser beiden Ansätze bestand aus erbitterter Konfrontation in allen Tarifvertrags-, Arbeitsmarkt- und Gesetzgebungsfragen und Zusammenarbeit in der Diskussion über die allgemeinsten sozialen, landwirtschaftlichen und Handelsfragen. Doch was auch immer der konkrete Rahmen war, die sich verschlechternde Wirtschaftslage sorgte dafür, daß die weitaus meisten Konzessionen bei den Löhnen, Preisen, öffentlichen Ausgaben und dem Staatsinterventionismus von den Arbeitern gemacht wurden. So fühlten sich Ende 1930 die Vertreter der Industrie nicht länger verpflichtet, das Prinzip der Erhaltung der Sozialversicherung anzuerkennen. Auf Geheiß des Zentrums schienen die christlichen Gewerkschaften jetzt bereit, einen neuen Burgfrieden zu akzeptieren, doch die Generalversammlung des ADGB wies die Empfehlung ihrer Führung zurück und beschloß im Januar 1931, alle weiteren Diskussionen abzubrechen (Wengst, 1977, S. 112f.). Fritz Tarnow und Peter Graßmann aus der ADGB-Führung verfolgten dagegen die Politik des geringeren Übels und drängten auf dem ADGB-Kongreß am 15. Dezember 1930 auf einen neuen Burgfrieden.

Wengst (1977, 113-14) schreibt:

Eggert und Tarnow betonten nachdrücklich, daß das Angebot der Unternehmer zum »Burgfrieden« in der augenblicklichen Situation, in der die Waffe des gewerkschaftlichen Kampfes stumpf geworden sei und die Unternehmer alle wirtschaftliche Macht in Händen hielten, angenommen werden müsse ... Was aber nach Ansicht der Gewerkschaftsführung nach dem Sturz Brünings zu erwarten stand, beschrieb Graßmann mit nahezu prophetischen Worten: »Geht die Regierung Brüning, dann wird ein Beamtenkabinett folgen und schließlich eine Diktaturregierung gegen uns«. (Es gehe daher »um den Bestand ... (der gewerkschaftlichen) Mitwirkung auf allen Gebieten der Sozialpolitik.« Deshalb sei es notwendig, einen großen »Block zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern« zu schaffen, der politisch eine »außerordentliche Bedeutung« erlangen würde.

Indem sie dieses Ansinnen zurückwiesen, entfernten sich die Delegierten etwas von der Partei und demonstrierten einen Ökonomismus, der noch militanter und noch enger als der ihrer Führung war. Die ADGB-Führung war seit dem Debakel, das mit dem Sturz der

Großen Koalition einhergegangen war, politischer geworden, doch hatte sie die Basis nicht umgestimmt.

So wurde der Versuch, eine systematische, korporative Struktur für Neuverhandlungen über die ökonomischen Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit zu schaffen, beendet. Er war, mehr oder weniger stark, von Brüning und Stegerwald, Vertretern der dynamischen Industriefraktion und großen Teilen der ADGB-Führung unterstützt worden. Begraben wurde er von der Schwerindustrie und der Gewerkschaftsbasis (BA/Nachlaß Silverberg/-458)²⁸

Nach den Stimmenverlusten der SPD bei der Septemberwahl 1930 und eigenen Mitgliederverlusten, nahmen die Gewerkschaften eine wohlwollendere Haltung gegenüber der Regierung Brüning an. Trotz seines Regierens mit Notverordnungen beschrieben sie Brüning als einen Mann, der »im Geist der Verfassung und deshalb (als) ihr Beschützer« handle, der gegen den wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch arbeite und das letzte Bollwerk gegen den Nationalsozialismus darstelle (Hüllbusch, 1967, S. 149). Im Jahre 1931 überflügelten die Gewerkschaften die SPD in der Unterstützung Brünings, weil sie, wie auch die Schwerindustrie, richtig erkannten, daß die Unterstützung Brünings durch die Gewerkschaften half, mehr als eine Notverordnung zu entschärfen; im Hintergrund lauerte noch immer, geschwächt und schweigsam zwar, die Koalition von Arbeiterbewegung und Exportfraktion. Im Jahre 1931 gab der ADGB die nun hoffnungslose Frage der Arbeitslosenversicherung und die wertlose Frage der staatlichen Schlichtung auf und schlug inflationäre und antizyklische Arbeitsbeschaffungsprogramme, die 40-Stunden-Woche und zivile öffentliche Arbeitsmaßnahmen vor. Noch bevor diese Vorschläge sich zu dem umfassenden WTB-Programm, mit dem später Schleicher und Gunther Gereke herumspielen sollten, auswuchsen, kollidierten sie mit den grundlegenden Prämissen des Brüningschen Wirtschaftsprogramms: Deflation und ein ausgeglichener Haushalt (vgl. Schneider, 1975a, S. 61-89, 167-192).²⁹

Der Ruf der Arbeiterbewegung nach aktivem, antizyklischem Staatsinterventionismus war im Grunde ein atheoretischer Versuch, durch den und im öffentlichen Sektor Arbeitsplätze zu schaffen: Sozialpolitik als Wirtschaftspolitik; hohe Löhne zur Ankerbelung der Konsumtion und damit der Produktion; verkürzte Arbeitszeit, um Arbeitsplätze zu schaffen; fiskalische Manipulationen, um zyklische Widersprüche einzuebnen. Daß dies später, unter sehr veränderten politischen Bedingungen, als kapitalistische Zukunftsperspektive wieder entstand, darf wahrscheinlich nicht den Gewerkschaften angelastet werden, auch wenn die SPD diese Pläne als prinzipiell nicht akzeptabel, als unpolitische Demagogie zurückwies. Sogar für Hilferding war der »organisierte Kapitalismus« eher eine Gegenwartsbeschreibung denn ein Rezept für die Zukunft gewesen (vgl. Winkler, 1974, S. 13, 50-51; Gates, 1974, S. 219, 223). (Das Programm hatte erhebliche Ähnlichkeiten mit den Vorstellungen der Nazi-Linken, und später gab es Kontakte zwischen ADGB-Vertretern und vermeintlichen sozialen Radikalen bei den Nazis wie Georg Strasser.)

Anläßlich des ADGB-Kongresses vom April 1932 lancierte die Industrie einen massiven Propagandafeldzug gegen die Gewerkschaften, die verantwortlich gemacht wurden »für die Unterminierung des freiheitlichen Wirtschaftssystems und seiner inneren Harmonie von 1918 bis zum heutigen Tage«. Die SPD und die Gewerkschaften wurden dafür verantwortlich gemacht, daß sich »das private Unternehmenssystem nicht entwickeln konnte.« Die Industriellen schlossen ihre Angriffe im April 1932 mit der Behauptung, »wenn das Produktionsniveau auf den Stand zur Zeit der Jahrhundertwende gefallen ist, dann muß dassel-

be für die öffentlichen und die Sozialausgaben gelten.« (DZA/RLB Pressearchiv 148/10, S.74-75) Genau so eine Politik erwarteten die herrschenden Klassen von Papens sogenanntem »Neuen Staat« und dem »organischen Wiederaufbau der Wirtschaft« in der zweiten Hälfte des Jahres.

Während Papen, anders als Brüning, durchaus darauf vorbereitet war, angemessene und entschlossene wirtschaftliche und politische Maßnahmen gegen die organisierte Arbeiterbewegung zu ergreifen, verschärfte sein Aufstieg die Konflikte zwischen den einzelnen Fraktionen der herrschenden Klasse, insbesondere jene zwischen den Autarkisten und den Exporteuren (Abraham, 1981, Kapitel 4). Es stand jedoch nicht länger in Frage, daß die organisierte Arbeiterbewegung als Massenbasis für die Unterstützung der herrschenden Klassen und des Staates beibehalten werden sollte. Um die ökonomische Seite dieser Politik verdeutlichen zu können, müssen wir kurz einige der wirtschaftspolitischen und sozialen Maßnahmen der Regierungen Brüning und Papen betrachten. Die Finanz-, Kredit-, Reparations-, Beschäftigungs-, und Weltwirtschaftskrise stellten sich als ein einziges Bündel dar, das ein vereintes und kohärentes Herangehen erforderte, das im politischen Kontext der Republik nur schwer zu ermöglichen war. Seit seiner ersten Notverordnung im Juni 1932 konnte Brünings Strategie als »Deflation« zusammengefaßt werden. Er verfolgte diesen Weg auf vielfache Weise. Durch Hindenburg ließ er höhere Arbeitnehmerbeiträge an die Versicherungskassen anordnen, während er den Umfang und die Dauer der Leistungen verkürzte; er verordnete höhere Lohn-, Kopf-, Junggesellen-, Bier-, Tabak- und andere Verbrauchssteuern, bei niedrigeren Löhnen und Kapitalsteuern; er befahl eine kürzere Arbeitswoche und niedrigere Gehälter im öffentlichen Dienst, niedrigere Staatsausgaben, Wohnungsbauzuschüsse und Kartellpreise; und er verfolgte eine aktive Politik zur Revision der Reparationen und gleichzeitigen Ankurbelung deutscher Exporte.

Doch schienen diese Maßnahmen in der Praxis niemanden über einen längeren Zeitraum zufrieden zu stellen, während sein autoritärer Regierungsstil das Parlament diskreditierte, und seine brutale deflationäre Politik viele Menschen der letzten Hoffnung auf Besserung ihrer Lage im Rahmen des Systems beraubte.³⁰ Seine Entschlossenheit, den Haushalt auszugleichen, erwies sich als besonders harter Schlag gegen die unteren Einkommensgruppen aller Klassen. Im Dezember 1931 wurden alle Löhne offiziell auf das Niveau des Januars 1927 gesenkt, ungeachtet bestehender Tarifvereinbarungen (Bry, 1960, S. 53). Die Preise ließen sich jedoch nicht so einfach dekretieren wie die Löhne; Brünings Verordnung einer zehnpromzentigen Senkung der Kartellpreise erzürnte die Industriellen, ohne die genaue Einhaltung sichern zu können, und die Industriepreise fielen zwischen 1929 und 1931, wie die Lebenshaltungskosten, nur ungefähr um 10 Prozent, so daß das Preis-Lohn-Verhältnis im Verlauf des Jahres 1931 wieder zu steigen begann. Der Banken-Krach von 1931, das Ende der Auslandskredite, der Exportrückgang infolge der verschärften Krise im Welthandel und des landwirtschaftlichen Protektionismus und Brünings unveränderte deflationäre Marschrichtung führten zu weiteren Produktionseinschränkungen und erhöhter Arbeitslosigkeit. Zum Zeitpunkt von Brünings Amtsverlust im April 1932 war die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland ohne Arbeit. Die Unternehmer nahmen die Produktionsrückgänge und die Deflation hin und lehnten antizyklische und inflationäre Vorschläge ab, weil sie ihr Hauptanliegen in niedrigen Löhnen und in der Disziplinierung der Arbeiterbewegung sahen. Sie hatten auch in einem höheren Sinne, mit nur wenigen Ausnahmen, unaufhörlich nach der »Rückkehr zu Kapitalismus« gerufen, und jetzt warteten sie auf die klassischen Selbstheilungskräfte der Wirtschaft - vor allem wenn dadurch die dop-

pelte Last der Sozialpolitik und der Reparationen von ihren Schultern genommen werden konnte (vgl. Grotkopp, 1954, S.24-26; Treue, 1967, S.117-121).

Papen eröffnete seine Arbeitspolitik mit dem Vorschlag, die Löhne um weitere 20 bis 50 Prozent zu senken, und der Ignorierung der beträchtlichen Mittel, die für zivile Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt worden waren. Bei einem Versuch, Unterstützung im Lager der zurückhaltenden liberalen Industriefraktion zu mobilisieren, beschrieb er sein Regime als »die letzte wirkliche Gelegenheit für das freie Wirtschaftssystem.« Er machte sich an die Beseitigung der letzten Reste des Arbeitslosen- und Sozialversicherungssystems, das er durch die Verteilung von Almosen in Naturalform durch die ohnehin überlasteten Kommunalverwaltungen ersetzte. Die Arbeitslosenunterstützung wurde auf eine Dauer von maximal sechs Wochen begrenzt und eine »Bedürftigkeitsprüfung« neu eingeführt.³¹ Unzählige Lasten wurden den örtlichen Verwaltungen aufgebürdet, die anschließend von der Reichsregierung für angebliche fiskalische Mißwirtschaft bestraft wurden: Viele Kommunalregierungen wurden noch von der SPD beherrscht, so daß eine Vielzahl von Miniputschen nach dem preußischen Vorbild gerade recht kam. Über fünfzehn Stadträte wurden ihrer Ämter enthoben und durch zentral benannte, fiskalisch verantwortungsbewußte und unweigerlich stramm antisozialistische Kommissare ersetzt. Die verschiedenen Sozialversicherungen verloren ebenfalls ihre administrative Autonomie. Eine Präsidialverordnung vom September 1932 versorgte die Industrie mit erheblichen allgemeinen Steuererleichterungen und erlaubte »im Notfall« die Senkung der Löhne unter das tarifvertraglich festgelegte Niveau. Unter Brüning waren SPD und Gewerkschaften die Möglichkeiten der Einflußnahme langsam zum Vorteil der Industrie- und Arbeitgeberorganisationen beschnitten worden; die Gewerkschaften waren sogar darauf beschränkt worden, bei Lohnkürzungen und anderen anti-sozialen Maßnahmen mitzuwirken. Unter Papen wurde der wachsende Einfluß der Ministerialbürokratie mit der zentralen Führung der Industrie- und Agrarorganisationen verschmolzen, deren Einfluß jetzt überaus deutlich wurde. Lohn- und Tarifvertragsangelegenheiten sollten vom Arbeitsministerium auf das Wirtschaftsministerium übertragen werden, und die Sozialpolitik wurde zum reinen Epiphänomen der Markterwägungen degradiert. (Preller, 1949, S.521)³²

Was als Konflikt über die Verteilung der Reparationskosten und über eine sich verschlechternde Wirtschaftslage begonnen hatte, wurde zu einem Kampf um das Prinzip einer demokratischen Sozialpolitik selbst, wie es in den Klassenkompromissen von 1919 und 1925-29 verkörpert und in der Weimarer Verfassung verankert war. Ohne echte Kontrolle darüber, wie die Besitzer von Produktionsmitteln über ihren Besitz verfügten, waren die Gewerkschaften Veränderungen der umfassenden ökonomischen Situation ausgeliefert, und ihr Erfolg war zumindest ebenso von zufälligen Gegebenheiten wie von den strukturellen Bedingungen abhängig. Das Anschwellen der industriellen Reservearmee konnte die Ereignisse jahrelanger legislativer Anstrengungen teils wieder zunichte machen und tat es auch; dennoch blieben die Gewerkschaften und die SPD stark genug, um sicherzustellen, daß die allgemeine Wirtschaftskrise auch eine Profitkrise war. Der ökonomische Konflikt zwischen Kapital und Arbeit wurde durch die Offensive des Kapitals politisiert, wobei es der SPD nicht gelang, eine angemessene Gegenstrategie zu entwickeln: Die Verteidigung kurzfristiger ökonomischer Interessen und die Unterstützung des geringeren Übels beraubte die Partei jeder Eigeninitiative. In der Folgezeit entwickelte sich der Klassenkonflikt zu einem Schlüsselement in einem größeren politischen Kampf um die Staatsform selbst. Es war kein Zufall, daß die letzte parlamentarische Regierung über ein zentrales sozialpoliti-

sches Thema stürzte und daß der politische Einfluß der herrschenden Klassen, wenn auch nicht der bürgerlichen politischen Parteien, danach beständig wuchs. Die Kosten der proletarischen Gewinne durchlöcheren die Stabilität der Weimarer Republik. Nach 1930 lag eine demokratische Republik außerhalb der Möglichkeiten Deutschlands. Wie wir gezeigt haben, machte die fehlende Bereitschaft der Gewerkschaften und der SPD, innerhalb des bestehenden quasi-korporativen Rahmens weitgehende Zugeständnisse zu machen, gemeinsam mit der Entschlossenheit der Schwerindustrie, die nationalen Voraussetzungen für eine profitable Produktion wieder herzustellen, die auf der Arbeiterklasse beruhende Stabilität zusehends unmöglich. Dennoch konnte nach dem Sturz der Großen Koalition keine lebensfähige republikanische politische Formel oder Gruppierung gefunden werden, um ein kohärentes nationales und Wirtschaftsprogramm zusammenzufügen. Das Deutschland der Weimarer Republik nach 1923 war eine kapitalistische Demokratie gewesen; nach 1930 untergrub die Verteidigung der ökonomischen Gewinne des Proletariats durch die SPD und den ADGB die Profitabilität der Produktion und den kapitalistischen Produktionsprozeß; das Kapital reagierte mit einem Angriff auf die demokratische politische Struktur, auf deren Basis diese und zukünftige Gewinne nur möglich waren. Nicht mehr an der Frage der kurzfristigen Verteilung entflammten jetzt die Konflikte; die Frage der Produktion selbst stand zur Debatte. Ob die Möglichkeit sozialistischer Produktion »auf der Tagesordnung« stand oder nicht, ist von untergeordneter Bedeutung; entscheidend ist, daß die Kapitalisten sich in einer Situation befanden, wo ihre Profite konfisziert wurden - von Ausländern durch die Reparationen und, was wichtiger ist, von der organisierten Arbeiterbewegung durch Tarifverträge, Sozialpolitik und bestimmte Mechanismen, die im Rahmen des demokratischen Staates funktionierten. Aus drei Gründen, argumentierten die Industriellen, seien nicht einmal die notwendigsten Profite gemacht worden: wegen der Weltwirtschaftskrise, die die Größe des Gesamtprodukts verringerte; wegen der Belastungen durch die Reparationszahlungen, die, so behaupteten sie, primär vom Kapital getragen wurden; und wegen der Profit- und Finanzkrise, verursacht durch die Politik der Koalition aus Arbeiterbewegung und Exportfraktion der Jahre 1925 bis 1930.³³ Die Unterstützung, die eine Regierung in der Öffentlichkeit genießt oder die sie in Wahlergebnissen niederschlägt, wird durch die Handlungen von Privatkapitalisten geprägt; Handlungen, die in einem parlamentarisch-kapitalistischen Staat außerhalb der Reichweite direkter politischer Intervention in der Arena privater Aneignung und Investitionen liegen. (Abraham, 1977, S.233-238) Ferner sind - wie das Hilferding-Wissell-Dilemma mit aller Deutlichkeit bewiesen hat - die staatlichen Finanzmittel und ihre Verwendungszwecke abhängig von den Revenuen, die, ungeachtet des Steuersystems, aus dem Akkumulationsprozeß und nicht aus den Wahlen entspringen. Das Hilferding-Wissell-Severing-Dilemma war nur ein Mikrokosmos des Dilemmas der SPD und des Reformismus: hört der wirtschaftliche Kuchen einmal auf zu wachsen, werden Kapitalisten und der Prozeß der privaten Aneignung jene »spießige Wohlfahrtsdemokratie, die alles Privatkapital wegbesteuert« (von Miquel), unterminieren, während ihre Verteidiger ohne Mittel zur Verteidigung ihrer einzigen Werte und Errungenschaften dastehen, einfach weil es nichts mehr wegzubesteuern gibt. In einer stabilen bürgerlichen Demokratie würde man jetzt erhebliche Stimmenverluste und die Niederlage der reformistischen Partei sowie eine neue Runde der Kapitalakkumulation erwarten, um den wirtschaftlichen Kuchen zu vergrößern. In einer Situation wie in der Weimarer Republik mit ihren sehr starken reformistischen und kommunistischen Parteien, einer fragmentierten bürgerlichen politischen Opposition und keiner vereinten

oder kohärenten Führung der herrschenden ökonomischen Klassen jedoch, in einer solchen Situation des internen Patts war das Ergebnis eine Krise, die gekennzeichnet war durch die zerbrochenen Verbindungen zwischen den Repräsentanten und den Repräsentierten und durch ein katastrophisches Gleichgewicht (Gramsci), das den außerhalb des Systems liegenden Lösungen Tür und Tor öffnete (Poulantzas, 1970, S. 106)

Natürlich ist es nicht dasselbe, ob nur die Tür offensteht oder ob man Cäsar/Napoleon/Hitler auch hereinläßt; der Zusammenbruch der Weimarer Republik und die Machtübernahme der Nazis waren keineswegs zwangsläufig miteinander verknüpft, wenn auch in beiden Dramen viele derselben Schauspieler auftraten. Daß kein stabiler Regierungsblock unter demokratischen Vorzeichen organisiert werden konnte, bedeutete an sich noch nicht, daß eine faschistische Lösung folgen mußte oder welcher Natur ein faschistisches Regime sein würde.

Keine bürgerliche politische Kraft war fähig, angesichts der Verschiedenheit und Fragmentierung der herrschenden Klasseninteressen die politische Einheit der verschiedenen Kapitalfraktionen herzustellen. Nachdem der korporatistische Kompromiß mit der organisierten Arbeiterbewegung aufgegeben worden war, war keine politische Einheit mehr möglich und in der Republik keine politische Massenunterstützung mehr erreichbar, trotz des einseitigen Antisozialismus der herrschenden Klassen. Die gleichzeitige Aufrechterhaltung der kapitalistischen ökonomischen Beziehungen und der politischen Demokratie wurde in dieser Konstellation so undenkbar, daß die Preisgabe und Unterminierung der Republik für die herrschende Klasse in Deutschland zu einer selbstverständlichen Notwendigkeit wurden. Letztendlich verbündeten sich die deutschen Kapitalisten mit der Nazi-Partei, doch war diese Koalition nicht ihre erste Wahl gewesen; sie gingen sie ein, weil andere Lösungen, wie die Zusammenarbeit mit der organisierten Arbeiterbewegung, über die man sich allerdings mehr direkte Kontrolle erhofft hatte, nicht funktionierten.

Anmerkungen

- 1 Die stabilen Jahre von Weimar schienen eine Situation zu schaffen, die in den vergangenen Jahren zur Norm entwickelter kapitalistischer Gesellschaften erhoben wurde. In den Worten von Habermas:
»In diesem Zusammenhang spielt die quasipolitische Lohnstruktur, die von den Verhandlungen zwischen Unternehmer- und Gewerkschaftsorganisationen abhängt, eine historisch bahnbrechende Rolle. Die »Marktpreisbildung« (W. Hofmann), die auf den oligopolistischen Märkten die Preiskonkurrenz ersetzt, findet ihr Pendant auf dem Arbeitsmarkt; wie die großen Konzerne die Preisbewegungen auf ihren Absatzmärkten quasi administrativ kontrollieren, so erzielen sie andererseits über Lohnbewegungen quasi politische Kompromisse mit ihren gewerkschaftlichen Kontrahenten. In den für die wirtschaftliche Entwicklung zentralen Industriezweigen des monopolistischen und öffentlichen Sektors erhält die Ware Arbeitskraft einen »politischen« Preis.« (Habermas 1975, S. 57)
- 2 Aus diesem Grunde, wie aus vielen anderen, war die SPD unfähig, aus der chaotischen und potentiell revolutionären Situation des Jahres 1932 politischen Nutzen zu ziehen. Zum Ökonomismus und Klassenreduktionismus (oder -purismus) vgl. unten. Die »pressure-group«-Mentalität wurde brilliant von dem reformistischen Theoretiker Adolf Sturmthal (1943, S. 37) analysiert und kritisiert. Vgl. auch Laclau (1977, S. 136ff.) und Miller (1974, S. 84-105).

- 3 Man sollte jedoch daraus nicht den Schluß ziehen, daß ersteres Arrangement die Imperative der Akkumulation ignoriert hätte. Was sich ereignete, war eine Verschiebung von einer exportorientierten Akkumulation auf freien Märkten unter Kooperation mit der Arbeiterklasse zu einem imperialistischen Muster mit Zwang auf die Arbeiterklasse.
- 4 Im Jahre 1918 handelten Hugo Stinnes (RDI) und Karl Legien (ADGB) eine Reihe von Vereinbarungen aus, die offiziell die Rechte der Gewerkschaften und der Arbeiter und den Anspruch auf einen Acht-Stundentag festlegten sowie Arbeitsgemeinschaften zwischen Management und Arbeitern installierten, um Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz und Entscheidungen der Betriebsführung zu regulieren (vgl. Feldman, 1966; Zunkel, 1974).
- 5 Jakob Reichert vom VDESI versuchte einfach seine Beteiligung an den Arbeitsgemeinschaften zu rechtfertigen. Zu dieser Zeit waren natürlich Unabhängige Sozialisten (USPD) und Spartakisten darüber besorgt; im Vergleich zu diesen Organisationen waren SPD und Gewerkschaften Kräfte der Ordnung. In diesem Grade waren die Ängste von 1918 nach 1924 nicht mehr vorhanden (Mair, 1974, S. 59).
- 6 In den Augen der Industrie konnten die Arbeitsmarktverhandlungen kollektiv geführt werden (zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen, oder höchstens Kartellen); sie sollten aber von politischen Einmischungen frei sein. Zur politischen Beschaffenheit der Staatsschlichtung sowie zur Analyse des Vorgehens und der Resultate vgl. Hartwich (1976, S. 193-230).
- 7 entfällt.
- 8 Bry (1960, S. 32) nimmt folgende, etwas niedrig gegriffene Schätzung der Gewerkschaftsmitgliedschaft von Arbeitern (d.h. ohne die Angestellten und andere »white-collar«-Arbeiter) vor, wobei er die gelben, roten, syndikalistischen und andere heimatlosen Gruppen nicht berücksichtigte (in Mio.):

1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
4.90	4.67	4.92	5.47	5.77	5.68	5.18	4.70
- 9 Die Statistiken sind ziemlich verwirrend und nicht immer miteinander vergleichbar (vgl. Bry, 1960, S. 48). Eine Umfrage der Gewerkschaften zu der tatsächlichen Zahl der Arbeitsstunden ergab, daß zwischen 1924 und Februar 1930 sich die Wochenstunden von 50,4 auf 48,6 verringerten.
- 10 Bry (1960, S. 75) macht jedoch darauf aufmerksam, daß diese höheren Sätze »Minima für bestimmte Beschäftigungsverhältnisse (darstellen) und sie, speziell in Jahren der Prosperität, von den tatsächlich bezahlten Sätzen und noch mehr von den Durchschnittseinkommen übertroffen werden«.
- 11 entfällt.
- 12 Hoffmann (1965, S. 684) gibt die Zahlen im Mio. Reichsmark an; für den Zeitraum 1925-1932 lauten sie wie folgt: 439, 755, 553, 631, 694, 476, 465.
- 13 entfällt.
- 14 entfällt.
- 15 Die dominierende Sichtweise in der SPD, vertreten durch Hilferding, unterstützte den Freihandel und die Expansion der Industrie, wobei sie sich mit den Interessen der Exportindustrie gegen die Forderungen der Agrarwirtschaft stellte. Die Minderheitenposition, vertreten durch Fritz Baade, war für ein Programm der Autarkie, Inflation und staatlicher (»öffentlicher«) Regulierung der Preise bereit. Die Position der KPD war beinahe eine Karikatur der Haltung der Freihandelsvertreter. Die KPD blieb der Einstellung treu, billige Lebensmittel würden die Junker (den alten, militärischen Landadel) vernichten *und* eine demokratische Bauernschaft schaffen.
- 16 So argumentiert Mommsen (1974 b, S. 304), daß solch eine Einheit wahrscheinlich die Annahme der Gesetze zur Arbeitslosenversicherung, zur Zwangsschlichtung und den Acht-Stundentag sowie den Young-Plan verhindert hätte.
- 17 Die Interessen von Schwerindustrie und Agrarsektor bezüglich der *Sozialpolitik* waren nahezu deckungsgleich (DZA/RLB Pressearchiv 132/11,28 und /10,192,204). Theo von Wilmowsky erklärte dies damit, daß die Interessen von Industrie und Agrarwirtschaft hinsichtlich der Fragen Sozial- und Arbeitslosenversicherung fast völlig parallel waren (HA GHH/ *Nachlaß* Reusch

- 40010124/1, 25. April 1928). Die Bauern waren darüber empört, daß das Arbeitslosengeld höher war als ihr Arbeitseinkommen.
- 18 Bernd Weisbrod (1978) argumentiert in einer sich als wichtig erwiesenen Arbeit, daß die Aussparungen des Jahres 1928 für die Schwerindustrie ein Erfolg waren: Die Ruhrkapitäne verletzten das Gesetz, schwächten die Große Koalition, ignorierten die Führung des RDI und etablierten ihr eigenes Vetorecht innerhalb dieser Organisation.
 - 19 Zur Doktrin der Wirtschaftsdemokratie vgl. Winkler (1971, S. 308-322) und Naphtali (1928). Es ist kein Zufall, daß Woytinski und Tarnow, die beide bei der Formulierung dieser Konzeption beteiligt waren, drei Jahre später die Hauptarchitekten des New-Deal-ähnlichen WTB-Planes waren (vgl. Woytinski 1961 und die Vielzahl der bei Gates (1974, S. 217-221) genannten Aufsätze). Vgl. auch die auffallend idealistische Einschätzung der Wirtschaftsdemokratie durch Adler. Die damit verbundenen Problemstellungen werden ausführlicher analysiert in Abraham (1981, Kap. 5 + 6).
 - 20 Verschiedene Mitglieder der DDP begannen später damit, sich über die Betrüger und Abschöpfer des Sozialstaates sowie den generellen Mißbrauch der Sozialgesetzgebung zu beklagen. Sie verlangten eine Kürzung der Leistungen und die Einführung strengerer Anwendungsregeln (BA/-Nachlass Dietrich/ 320, 225-28).
 - 21 entfällt.
 - 22 entfällt.
 - 23 Es wäre vielleicht präziser, zu sagen, daß die direkte Kontrolle des staatlichen Mechanismus weniger ein Ziel war als die Gewißheit, daß der staatliche Mechanismus, wäre er in anderen Händen, eher die kapitalistischen Interessen pflegen denn sie verletzen würde. Dieses Ziel wurde erreicht, wenn auch nicht in gewünschter Form.
 - 24 Die Haltung des ADGB war, daß die Regierung ipso facto keine Rettung verdiente, wenn der Preis für das Überleben der Arbeiterbeteiligung an der Regierung in der Opferung der *Sozialpolitik* bestand; Eugen Vargas Verweise auf die ökonomistische Falle sind an dieser Stelle sehr deutsch. Helga Timm und andere Autoren haben vor allem die Tatsache in den Mittelpunkt gestellt, daß verschiedene SPD-Minister (allerdings nicht Arbeitsminister Wissell) bereit waren, den vom Zentrum vorgeschlagenen Kompromiß anzunehmen, um die Koalition zu retten. Daß sie nicht siegreich waren, gibt Zeugnis über die Stärke der Gewerkschaften und war für Zentrum, DDP und DVP eine Überraschung. Vgl. Abraham (1981, Kap. 5 und 6).
 - 25 In den Jahren zwischen 1924 und 1928 bewegte sich der Wähleranteil der Nationalsozialisten zwischen 6,5 und 2,5 v.H.. 1930 konnte die Partei plötzlich über 18 v.H. der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Die Nationalsozialisten stellten sich als eine radikale, »anti-systemische«, soziale, aber nicht anti-marxistische Bewegung dar, die in der Lage war, verschiedene »Mittel«-schichten zusammenzufassen, von denen viele von der Prosperität nicht profitierten, aber jetzt von der Depression betroffen waren (z.B. Bauern, Kleinbürgertum). Zu diesem Zeitpunkt war ein großer Teil der nationalsozialistischen Wählerstimmen auch ein Protest gegen die Spaltung der nicht-katholischen bürgerlichen Parteien sowie gegen die offene Manier, in der diese Parteien die unmittelbaren Interessen der reichen und mächtigen Industrie- und Handelsgruppen (in gewisser Weise einschließlich der organisierten Arbeiterbewegung) vertraten, die eine schwache und korrupte parlamentarische Regierungsform als Mittel der Bereicherung verwendeten, während die Bedürfnisse der kleinen Leute und der Nation ignoriert wurden.
 - 26 Vgl. oben und Fußnote 24.
 - 27 entfällt.
 - 28 Dies war ein weiteres Beispiel von Konflikten zwischen und innerhalb sich überschneidender Klassen. Die auf die Wahlergebnisse vom September 1930 folgende Ungewißheit und der baldige Stillstand der ausländischen Kreditströme verband sich mit den Ängsten der dynamischen Fraktion gegenüber der aggressiven Haltung von Agrarsektor und Schwerindustrie, Kompromisse mit der organisierten Arbeiterbewegung wünschenswert und möglich zu machen. Im September 1931 klagte Brüning die Schwerindustrie an, die Kooperation mit den Gewerkschaften abzulehnen (DZA/RLB Pressearchiv 148/10,44).

- 29 Der ADGB war einfach unfähig, Brüning von seinen deflationären Theorien abzuraten. Sie halfen sich auch nicht dadurch, daß sie »einen gewissen Primat der Außenpolitik«, d.h. eine Revision der Reparationen, einräumten, da die deutsche Austerität grundlegend für eine Revision war.
- 30 Stegerwald schätzte, daß ein 10-15prozentiger Rückgang des Lebensstandards unvermeidlich sein würde. Preller (1949, S. 396-495) gibt eine detaillierte Darstellung der Notverordnungen und des Abbaus der *Sozialpolitik*.
- 31 Die Ministerialbürokratie empfahl eine völlige Aufhebung der Arbeitslosenversicherung »ohne Vorurteil« gegenüber ihrem eventuellen Status, aber Vertreter der Schwerindustrie bestanden darauf, das Versicherungsprinzip formell durch ein Fürsorgeprinzip zu ersetzen.
- 32 Preller (1949, S. 525) postuliert einen inhärenten Widerspruch zwischen einer demokratischen *Sozialpolitik* und einer privaten *Wirtschaftspolitik*, bei dem der Staat nur der sichtbare Vermittler, hauptsächlich durch die Agentur der Zwangsschlichtung ist. Sogar Preller scheint unter der deutschen Neigung zu leiden, einen klassenneutralen oder klassenausbalancierten Staat zu sehen/ wünschen (vgl. Hartwich 1967, S. 373-384; Abraham 1981, Kap. 5).
- 33 Die SPD-geführte Große Koalition der Jahre 1928-30 war der eigentliche Schurke in diesem Spiel. Solange es private Aneignung gibt, muß es auch Profite geben und diese werden durch die Kapitalisten alloziert. Hilferding sah sich vor leeren Staatsschatullen, während seine SPD-Kollegen im Arbeits- und Innenministerium, Rudolf Wissell und Carl Severing, den zunehmenden Lohnforderungen nur mit großen Ängsten hinsichtlich ihrer Konsequenzen zuwilligten. Als einen ersten Ausweg nahm Hilferding einen Kredit über 50 Mio US-Dollar auf; regressive Verbrauchssteuern wurden eingeführt, um das Budget auszugleichen und es den Kapitalisten zu erlauben, höhere Löhne zu bezahlen.

Literatur

1. Archivquellen

Bundesarchiv, Koblenz (BA):

- R43I: Reichskanzlei Akten
- R13I: Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie (VDESI)
- R13III: Verband der Deutschen Landmaschinenindustrie (LMV)
- Nachlässe: Hermann Dietrich, Abraham Frowein, Alfred Hugenberg, Ludwig Kastl, Paul Silberberg

Zeitung-Sammlungen (ZSg): Kiel Institut (126), Hansa Bund (289)

Deutsches Zentralarchiv, Potsdam (DZA):

Reichslandbund (RLB): Vorstand

Pressearchive des Reichslandbundes: Industrie und Landwirtschaft (132), RDI und Industrie (148)

Historisches Archiv der Gutehoffnungshütte, Oberhausen (HA GHH):

Nachlass Paul Reusch: Industrie und Landwirtschaft (400 101 24/)

Politische und Wirtschaftspolitische Angelegenheiten (400 101 293/)

2. Bücher, Aufsätze und andere veröffentlichte Literatur

Abraham 1977: »*State and Classes in Weimar Germany.*« *Politics & Society* 7: S. 229-266.

Abraham 1981: *The Collapse of the Weimar Republic: Political Economy and Political Crisis.* Princeton: Princeton University Press.

- Adler 1926: *Politische oder soziale Demokratie*. Berlin
- Bracher 1955: *Die Auflösung der Weimarer Republik*. Stuttgart
- Bry 1960: *Wages in Germany, 1871-1945*. Princeton
- Croner 1928: »Die Angestelltenbewegung nach der Stabilisierung.« Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 60: S. 103-146.
- Döhn 1970: *Politik und Interesse: Die Interessenstruktur der DVP*. Meisenheim/Glan
- Feldmann 1966: *Army, Industry and Labor In Germany, 1914-1918*. Princeton
- Flechthelm 1969: Die KPD in der Weimarer Republik. Frankfurt
- Gates 1974: »Von der Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik?« S. 206-226 in: H. Mommsen, D. Petzina und B. Weisbrod (eds.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*. Düsseldorf
- Geiger 1932: *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*. Stuttgart
- Gessner 1974: »Industrie und Landwirtschaft«, S. 762-778 in: H. Mommsen, D. Petzina und B. Weisbrod (eds.), *Industrielles System*
- Grotkopp 1954: *Die Grosse Krise: Lehren aus der Überwindung der Wirtschaftskrise, 1929-32*. Düsseldorf
- Habermas 1975: *Legitimation Crisis*. Boston; deutsch: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt
- Hamel 1967: *Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft: Der DHV, 1893-1933*. Frankfurt
- Hartwich 1967: *Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918-1933*. Berlin
- Hermens 1967: »Das Kabinett Brüning und die Depression.« S. 287-310 in: F. Hermens und T. Schieder (eds.), *Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik: Festschrift für Heinrich Brüning*. Berlin
- Hilferding 1924: »Handelspolitik und Agrarkrise.« Die Gesellschaft 1, S. 113-130
- Hoffmann 1965: *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft*. Berlin-Heidelberg
- Hüllbüsch 1967: »Die deutschen Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise.« S. 126-154 in: W. Conze und H. Raupach (eds.), *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs, 1929-33*. Stuttgart
- Hüllbusch 1974: »Der Ruhrstreik in gewerkschaftlicher Sicht.« S. 658-674 in: H. Mommsen, D. Petzina und B. Weisbrod (eds.), *Industrielles System*
- Jostock 1955: »The Long-Term Growth of National Income in Germany.« S. 98-116 in: S. Kuznets (ed.), *Review of Income and Wealth V*. London
- Kocka 1974: »Zur Problematik der deutschen Angestellten, 1914-1933.« S. 792-811 in: H. Mommsen, D. Petzina und B. Weisbrod (eds.), *Industrielles System*
- Lebovics 1969: *Social Conservatism and the Middle Classes in Germany 1914-1933*. Princeton
- Maier 1975: *Recasting Bourgeois Europe*. Princeton
- Miller 1974: »Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik.« S. 84-105 in: H. Mommsen (ed.), *Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei*. Frankfurt
- Mommsen (ed.) 1974 a: *Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei*. Frankfurt
- Mommsen 1974 b: »Sozialpolitik im Ruhrbergbau.« S. 303-321 in: H. Mommsen, D. Petzina und B. Weisbrod (eds.), *Industrielles System*
- Mommsen, H., D. Petzina und B. Weisbrod (eds.) 1974: *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*. Düsseldorf
- Naphtali (ed.) 1928: *Wirtschaftsdemokratie: Ihr Wesen, Weg und Ziel*. Berlin
- Neumann 1966: *Bebemoth: The Structure and Practice of National Socialism, 1933-1944*. New York
- Panzer 1970: *Das Ringen um die deutsche Agrarpolitik*. Kiel
- Petzina 1969: »Germany and the Great Depression.« Journal of Contemporary History 4, S. 58-72
- Petzina und Abelhauser 1974: »Zum Problem der relativen Stagnation der deutschen Wirtschaft in den zwanziger Jahren.« S. 57-67 in: H. Mommsen, D. Petzina und B. Weisbrod (eds.), *Industrielles System*
- Poulantzas 1970: *Fascisme et Dictature*. Paris

- Preller 1949: *Sozialpolitik in der Weimarer Republik*. Stuttgart
- Raumer 1954: »*Unternehmer und Gewerkschaften in der Weimarer Republik*.« Deutsche Rundschau 80, S. 428-440.
- Reichsverband der Deutschen Industrie 1928: *Die Wirtschaftspolitischen Aufgaben des RDI*, Veröffentlichung des RDI, 42. Berlin
- 1929 a: *Aufstieg oder Niedergang*, Veröffentlichung des RDI, 49. Berlin
 - 1929 b: *Besteuerung, Ertrag und Arbeitslohn im Jahre 1927*, Veröffentlichung des RDI, 47. Berlin
 - 1929 c: *Unternehmertum und Kapitalismus*, Veröffentlichung des RDI, 48. Berlin
 - 1930: *Wirtschafts-, Sozial-, Steuer- und Finanzpolitik*, Veröffentlichung des RDI, 50. Berlin
- Rosenberg 1961: *Geschichte der Weimarer Republik*. Köln
- Schieder (ed.) 1976: *Faschismus als soziale Bewegung*. Hamburg
- Schneider 1975 a: *Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB*. Bonn-Bad Godesberg
- Schneider 1975 b: *Unternehmer und Demokratie*. Bonn-Bad Godesberg
- Svennilson 1954: *Growth and Stagnation in the European Economy*. Geneva
- Timm 1952: *Die Deutsche Sozialpolitik und der Bruch der Grossen Koalition im März, 1930*. Düsseldorf
- Treue 1967: »*Der deutsche Unternehmer in der Weltwirtschaftskrise*.« S. 82-125 in: W. Conze und H. Raupach (eds.), *Die Staats- und Wirtschaftskrise*
- Vogt 1974: »*Die Stellung der Koalitionsparteien zur Finanzpolitik, 1928-1930*.« S. 439-462 in: H. Mommsen, D. Petzina und B. Weisbrod (eds.), *Industrielles System*
- Wagenführ 1933: »*Die Industriegewerkschaft: Entwicklungstendenzen der Industrieproduktion 1860 bis 1932*.« Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung 31, S. 8-52
- Weisbrod 1978: *Schwerindustrie in der Weimarer Republik*. Wuppertal
- Wengst 1977: »*Unternehmerverbände und Gewerkschaften in Deutschland im Jahre 1930*.« Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25, S. 99-119
- Winkler 1971: »*Wirtschaftsdemokratie*.« Politische Vierteljahresschrift 2, S. 308-322
- Winkler 1976: »*From Social Protectionism to National Socialism*.« Journal of Modern History 48, S. 1-18
- Winkler (ed.) 1974: *Organisierter Kapitalismus: Voraussetzungen und Anfänge*. Göttingen
- Wunderlich 1940: »*Labor under German Democracy*.« Social Research, supplement 2
- Zunkel 1974: *Industrie und Statsozialismus: Der Kampf um die Wirtschaftsordnung 1914-1918*. Düsseldorf